

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21.

„Tagblatt-Haus“.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Bernruf:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6630-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn. M. 8.— vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Belegabgabe. — Bezugs-Verhältnisse nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle des Verlags, sowie die Hauptstellen in allen Teilen des Reichs; in Berlin die dortigen Hauptstellen und in den benachbarten Provinzen und im Ausland die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Reichsboten“ und „Meiner Kamerad“ in einheitlicher Spalte; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfg. für lokale Anzeigen; 2 Pfg. für auswärtige Anzeigen. — Ganze, halbe, dritte und viertel Zeilen, durchgehend, nach beiderseitiger Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen aufrechterhaltender Rabatt.

Anzeigen-Kunsthut: für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr

Mittags: für die Morgen-Ausg. bis 8 Uhr nachmittags.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Wilmersstr. 66, Fernspr.: Amt Wilmersdorf 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten

Zeilen und Blättern wird keine Gebühr erhoben.

Dienstag, 17. Februar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 79. • 62. Jahrgang.

Die Wehrsteuerergebnisse.

Die Stichproben, die bisher mit den Ergebnissen der Wehrsteuer gemacht werden konnten, lassen immer größere Überraschungen erwarten. Man wird allerdings nach wie vor zurückhaltend gegenüber den einzelnen Nachrichten aus verschiedenen Städten und Kreisen sein müssen, denn so gut wie nichts davon ist bisher beglaubigt. Aber einige Angaben stützen sich denn doch auf amtliche Mitteilungen, und an die kann man sich halten. So hat der Landrat von Hienhagen in der Provinz Hannover, wie gemeldet, bekanntgegeben, daß in seinem Kreise drei Millionen Mark mehr als bei der letzten Einschätzung an Geld gekommen sind. Dieser Landrat hat augenscheinlich den Verdacht, daß noch lange nicht alles steuerbare Vermögen angegeben worden ist; er macht deshalb die Steuerpflichtigen darauf aufmerksam, daß sie immer noch Zeit haben, straffreie Berichtigungen vorzunehmen. Sollten sie die Frist ungenutzt vorbeigehen lassen, so würde die Strenge des Gesetzes walten müssen, d. h. es stünde Strafverfolgung bevor, unter Umständen also eine Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten. Der Kreis Hienhagen ist ein ausschließlich ländlicher Kreis; er enthält, abgesehen von Hienhagen selbst, überhaupt keine Städte; er gehört in seinem nördlichen Teile zur Lüneburger Heide; er faßt jedenfalls nicht zu den bevorzugten Gegenden unseres Vaterlandes gerechnet werden. Wenn in einem solchen Gebiet drei Millionen Mark mehr an Vermögen durch die strengere Einschätzung ermittelt worden sind, so bedeutet das viel. Es ist der erste ländliche Bezirk, aus dem wir jetzt parallele Nachrichten zu den bisher nur aus den Städten gekommenen über wesentliche Änderungen der seither bekannt gewordenen Vermögens- und Einkommensverhältnisse erlangt haben. Die zweite amtlich beglaubigte Mitteilung über die Ergebnisse der Einschätzung zum Wehrbeitrage ist die des kaiserlichen Staatssekretärs Höpfer, der im Landesausschuß erzählt, daß ein Steuerpflichtiger statt des bis dahin angegebenen Einkommens von 4000 M. nunmehr ein solches von 32 000 Mark zugefunden habe. Selbstverständlich wird man aus den beiden Vorgängen, aus dem im Kreise Hienhagen und aus dem im Elb- und an sich noch keine verallgemeinernden Schlüsse ziehen können, aber die Glaubwürdigkeit der anderen Angaben privater Natur, die aus Halle, Frankfurt a. M., Berlin, Remscheid usw. gekommen sind, gewinnt durch die amtlich gestützten Darstellungen doch sehr erheblich. Wenn eine Einschätzung dahingehet, daß vielleicht statt einer Milliarde deren zwei als Schlussergebnis des Wehrbeitrags zu erwarten seien, so schwebt diese Behauptung zwar völlig in der Luft, aber sie zeigt jedenfalls, welche kühnen Erwartungen gehegt werden, und sie zeigt zugleich, daß diese Erwartungen nicht ohne Unterlagen sind. Das Reich hätte ja nichts davon, wenn mehr

als eine Milliarde herauskäme, denn was darüber ist, das muß zurückgezahlt werden oder wird gar nicht erst erhoben. Aber die Einzelstaaten mit Selbstbesteuerung und die Gemeinden werden viel von dem in solchem Umfange doch nicht vorauszuweisenden Segen des „Generalpardons“ haben. Nun ist es einigermassen auffällig, daß die konservativen Blätter, die anfangs ein paar schüchterne Bemerkungen über die in den Städten plötzlich erschlossenen verstärkten Steuerquellen machten, neuerdings ganz still geworden sind. Die Auspielung der Verhältnisse auf dem platten Lande gegen die in den Städten scheint denn doch nicht so leicht gelingen zu wollen. Auf der anderen Seite hat man es im liberalen Lager bisher durchaus und mit Recht verheimlicht, aus Anlaß der Einschätzungen zum Wehrbeitrage Vorwürfe gegen ganze Gruppen von Steuerpflichtigen nach ihrer Berufsstellung zu erheben. Es muß eben mit aller Ruhe abgewartet werden, was am Ende herauskommt, und dann wird sich auch grundfänglich über die Verteilung der Steuern auf die einzelnen Schichten der Bevölkerung reden lassen. Gegenüber einer Darstellung, nach der sich jetzt die Städte in ihrer Blöße zeigen, während früher doch der Vorwurf der Steuerhinterziehung gegen die ländliche Bevölkerung vorzugsweise erhoben wurde, soll jedoch eine Bemerkung nicht zurückgehalten werden. Was in den Städten gekündigt worden ist, das entzog sich zumeist den scharfen Augen der Steuerbehörden. Nicht an ihnen lag es und konnte es liegen, wenn zahlreiche Mitbürger gewissenloserweise geringere als die erforderlichen Angaben über Vermögen und Einkommen machten. Was dagegen das platte Land betrifft, so ist es eine altbekannte Klage, daß das enge Aneinanderrücken der Steuerbehörden und der Bevölkerung die Ermittlung der Wahrheit so oft erschweren. Die Behörden sind nicht zu tadeln, sie haben zweifellos den besten Willen, aber sie sind vielfach in einer schwierigen Lage, und man weiß, daß schon Herr v. Rheinbaben mit dem Plane umging, besondere Einschätzungskommissionen einzusetzen, damit der Landrat von der leidigen Last der letzten Prüfung und Entscheidung befreit werde. Dieser Plan ist nicht aufgegeben worden, aber seine Verwirklichung steht noch aus.

Eine interessante Erinnerung zum Thema „Selbstbesteuerung“ wird uns übrigens aus unserem Leserkreis mitgeteilt: Als Vis mar die Selbstbesteuerung haben wollte in Preußen, sprach er mit Barnhüller eingehend darüber, weil ja Württemberg schon lange die Selbstbesteuerung hatte. Dabei meinte Vis mar: „Betrogen wird ja dennoch.“ Worauf Barnhüller: „Wir rechnen, daß bei uns immerhin noch $\frac{1}{3}$ = ein Drittel hinterzogen wird.“ Diese Ansicht Barnhüllers findet jetzt bei uns unter der Wirkung des Generalpardons tatsächlich eine gewisse Bestätigung.

Politische Übersicht.

Handelsziffern.

Das Jahr 1913 war eines der wirtschaftlichen Stagnationen, aber die prophatische Entfaltung unseres Wirtschaftslebens hat trotz gelegentlicher Verlangsamung weitere Fortschritte gemacht. Unsere Ausfuhr wuchs im Jahre 1913 um einen Wert von mehr als einer Milliarde im Vergleich zur Ausfuhr im Jahre 1912; sie belief sich auf 10 080 Millionen gegen 8956 Millionen im vorangegangenen Jahre. Die Einfuhr allerdings hielt sich ungefähr auf derselben Linie; der Unterschied zwischen den Ziffern der beiden Jahre beträgt nur gerade vier winzige Millionen (10 691 gegen 10 695 Millionen). Was das Jahr 1913 vor den früheren Jahren auszeichnet, ist, daß Deutschland jetzt zum erstenmal die Grenze von zwanzig Milliarden Mark im Gesamt-ausfuhrhandel überschritt. In den 11 Jahren seit 1902 stieg die Einfuhr um 90, die Ausfuhr um 115 Prozent. Es kann uns nur willkommen sein, wenn im Jahre 1913 auch die englische Volkswirtschaft Rekordzahlen erreicht hat. England ist unser bester und stärkster Abnehmer, wie ja auch wir für das Inselreich in der ersten Reihe der Abnehmer stehen. Ein- und Ausfuhr Großbritanniens betrugen im vorigen Jahre 28 080 Millionen Mark, also immer noch 8000 Millionen Mark mehr als bei uns, aber der Unterschied zwischen den Zahlen haben und dürfen nimmt zu unseren Gunsten proportional stark ab. Das Land mit der nächstgrößten Einfuhr und Ausfuhr sind die Vereinigten Staaten. Der Gesamtbetrag ist dort etwas über 18 Milliarden Mark, bleibt also hinter Deutschland noch um gerade 2 Milliarden zurück. Unsere hohen Handelsziffern machen es eindringlich deutlich, was bei der bevorstehenden Erneuerung der Handelsverträge für uns auf dem Spiele steht. Man begreift sehr gut, weshalb die Regierung die Verträge nicht kündigen will, man würde es aber beim Siegeszuge unserer Volkswirtschaft vertehen, wenn die anderen Vertragsstaaten dieselbe Zurückhaltung für einen Fehler hielten. Mehr als einer unserer Nachbarn wird gewiß versuchen, sich durch eine Kündigung bessere Bedingungen zu verschaffen. Zu diesen Staaten wird erstärkermassen Österreich-Ungarn gehören.

Ueber die nächsten Reformen auf dem Gebiete des Strafprozesses und der Gerichtsverfassung

äußert sich Abg. Müller-Meinungen in der neuen Nummer der „Deutschen Juristen-Zeitung“, in der gleichzeitig im Anschluß daran auch von den Konservativen Graf Westarp, von den Nationalliberalen Schiffer, vom Zentrum Wellstein und von den Sozialdemokraten Haase zu Worte kommen. Er hält es für unmöglich, mit den notwendigen Reformen bis zur allgemeinen Reform der Gerichtsgesetze zu warten, die etwa im Jahre — 1925 fertig werden dürfte. Er schlägt daher den Weg spezieller Notgesetze vor, bei denen die Verfeinerung der einzelnen Materien möglichst zu vermeiden sei. Zunächst verlangt er die Änderung der jetzigen Konfessionellen Eidesformel für solche, die den Eid mit ihrer religiösen Überzeugung nicht vereinbaren können, mit der Frage der Beseitigung des Zeugniszwanges gegen

Die Möglichkeit einer Durchquerung des Südpolarkontinents.

Von H. Singer.

Daß Sir Ernest Shackleton, der Amundsen und Scott den Weg zum Südpol geebnet hatte, für seine geplante neue antarktische Expedition etwas „Großes“ vorhabe, wußte man schon seit langem; er, man meinte sogar, er plane noch viel Größeres, als er jetzt zu unternehmen beabsichtigt. Hatte er doch vor Jahresfrist angekündigt, er wolle von Enderbyland aus eine Schlittenreise quer durch den Südpolarkontinent nach dem Rohnmeer ausführen. Eine Durchquerung bereitet nach dem englischen Reisenden ja nun in der Tat vor, aber sie soll auf einer Route vor sich gehen, die bei weitem nicht so lang sein wird, als der Weg vom Enderbyland aus. Von da nämlich bis zu der Stelle, wo Amundsen die Vereinigung von Viktoriamit Edwardland vermutet (86 Grad 1. Br.), sind es rund 28 000 Kilometer; von dem jetzt von Shackleton gewählten Ausgangspunkt im Süden des Weddellmeeres aber, dem Luitpoldlande, sind nur etwa 1800 Kilometer zurückzulegen. Das ist ein gewaltiger Begünstigung, und die Entfernungen spielen bei Landreisen in der Antarktis keine geringere, vielleicht eher eine größere Rolle, als die Gangbarkeit des Geländes oder das Wetter. Immerhin ist Shackletons Plan auch in dieser Beschränkung noch bewundernswürdig, und es liegt eine Erörterung der Frage nahe, ob auf einen Erfolg zu rechnen ist.

Man weiß wenig darüber, wie das Innere des Erdteils Antarktis aussehen mag. War ist der Südpol zweimal erreicht worden, doch jedesmal von ein und derselben Seite, vom Rohnmeer aus. Man steigt da von der ebenen, schwimmenden Eisschicht über lange, schwierige Gletscher zum Randgebirge des Viktorialandes empor und kommt dann bald auf schwach welliges Gelände, auf dem der Pol in ungefähr 3000 Meter Meereshöhe liegt. So haben es Amundsen und Scott, vor ihnen auch schon Shackleton selber angetroffen,

Wie weit aber an anderen Stellen dieses bei Windstille gangbare Inlandeis gegen die Peripherie des Südpolarkontinentes reicht und das Wandern mit Schlitten und Schneeschuhen begünstigt, das weiß man nicht. Es ist also auch ganz ungewiß, wie die südlich des Weddellmeeres liegenden vereisten Landstriche aussehen. Will man über sie trotz dieser Unkenntnis dennoch eine Vermutung wagen, so kann sie nur dahin lauten, daß hier sowohl eine schwimmende Eisschicht als auch ein festes Land zu erwarten ist. Es scheint vielmehr, daß der Marsch in der Hauptache durch Gebirge führen wird, von denen Amundsen einen Teil gesehen und Raubkette genannt hatte. In solchen antarktischen Gebirgen aber ist das Reisen und Vorwärtsschreiten schwer, also mindestens zeit- und kraftraubend, wie die Ergebnisse der letzten englischen Expeditionen im Viktorialand zeigen.

Soviel über das Gelände, mit dem Shackleton zu rechnen hat. Nun zur Frage der Sicherung der Teilnehmer an der Durchquerung in Bezug auf Lebensmittel, Kleider, Petroleum. Hierüber liegen reichliche Erfahrungen vor. Die Begleitung des Südpols geschah in der Weise, daß man von einer für Schiffe allzumerklich erreichbaren Station mit Hilfe von Hunden oder Pferdegeschlitten gegen den Südpol vorging, worauf man auf demselben Wege nach der Station zurückkehrte. Diese Polartour fand im südpolaren Sommer statt, d. h. in der Zeit zwischen Oktober und März, nachdem man auf der Station den Winter zugebracht hatte und die letzten Wochen des ihm vorausgegangenen Sommers, nach Ankunft auf dem Forschungsfelde, dazu benutzt hatte, den in Aussicht genommenen Weg polwärts möglichst weit gegen Süden mit Proviantniederlagen zu besetzen. Dadurch wurde erreicht, daß die Polfahrer selbst nicht alles, was sie bedurften, bis zum Ziel mitzuschleppen brauchten; sie hatten ferner auf der Rückreise in diesen Vorratsniederlagen Stützpunkte. Daß freilich auch diese Stützpunkte nicht immer den Rückzug sichern können, beweist der traurige Ausgang der letzten Scottschen Expedition.

Auch Shackleton hat auf seiner Reise von 1908 bis 1909

gegen den Südpol so operiert. Für die neue Reise aber glaubt er, seinen eigenen und den Mitteilungen seines wissenschaftlichen Stabschefs Professor David zufolge, auf diese Marschführung durch Depots verzichten zu können. Man ließ nämlich, Shackleton wurde, nachdem er im November 1914 das Luitpoldland betreten habe, sofort mit der Schlittenreise in der Richtung auf das Rohnmeer beginnen, d. h. daß er schon im April 1915 dort herauskommen und von dem dortigen geschickten Nebenschiff aufgenommen werden könne. Nur von diesem Nebenschiff sollten auf der Rohnischen Eisschicht Depots nach Süden für den ankommenden Shackleton vorgelegt werden. Nehmen wir nun an, daß das südwärts bis zum 86. Breitengrad geschoben kann, so wäre Shackleton während des größten Teiles seines Weges, auf 1500 bis 1600 Kilometer, außerhand, die Vorräte für Menschen und Hunde zu ergänzen, und das würde aller Wahrscheinlichkeit nach seinen Untergang bedeuten, zumal ihm dort alles unbekannt ist.

Solche Tollkühnheit aber ist Shackleton im Ernst doch wohl nicht zuzutrauen, und so wird der Plan schließlich eine etwas andere Gestalt annehmen. Nachdem Shackleton die Landung auf Luitpoldland gelungen sein wird, dürfte er den Rest des Südpolarjahres 1914/15 dazu benutzen, seinen späteren Durchquerungsweg bis in die Nähe des Südpols mit Vorratsdepots zu besetzen. Von der anderen Seite, von der Rohnischen Eisschicht her, wird das Nebenschiff gleichzeitig daselbst tun, und zwar von Fremheim aus, dem Winterquartier Amundsens von 1911. Dann würde Shackleton den Winter 1915 auf dem Luitpoldlande oder der Rohn-Barriere verbringen und die Durchquerung erst im Südpolarjahr 1915/16 aufzufahren versuchen. Sie könnte im Oktober 1915 beginnen und im März 1916 beendet sein, wenn alles glatt geht. Im Falle des Mißlingens hätten die Depots auf der Weddellseite die Aufgabe, den Rückzug zu sichern.

Und mit diesem Wägen des Durchquerungsversuches ist trotz aller Tatkraft und Erfahrung Shackletons zu rechnen, auch wenn sein Plan die angegebene veränderte Gestalt gewinnt. Zunächst ist es gar nicht sicher, daß Shackleton an der

Redakteure, die gerichtsvorstandsrechtliche Frage der Zuziehung der Lehrer zum Schöffen- und Geschworenendienst, endlich die notwendige Regelung der Berufung gegen Urteile der Strafkammern. Alle anderen Fragen seien weniger dringlich. Hinsichtlich der einzelnen Punkte führt Dr. Müller aus, der Zwang zur Anrufung Gottes passe nicht mehr in unsere Zeit; alle Parteien, denen die Erhaltung des religiösen wie jedes Wahrheitsbegriffes am Herzen liege, mühten durch schnelle Änderung des Gesetzes dem Zustande der gesellschaftlichen Anleitung zur unwürdigen Reservatio mentalis vor Gericht raschestens abhelfen. Aber die Bedenken gegen den Zeugniszwang der Redakteure seien sich die Kenner des modernen Pressewesens einig. Die Reichsregierung sei selbst der Ansicht und habe ihr in einer Novelle Ausdruck verliehen, daß der bisherige Zustand unhaltbar sei; einer Einigung zwischen Regierung und Parlament dürften hier keine zu großen Hindernisse im Wege stehen. Die Zuziehung der Lehrer zum Schöffen- und Geschworenendienst entspreche der Forderung der Mehrheit des Reichstags. Sie sei eine Konsequenz der beschlossenen Zuziehung der Lehrer als Jugendrichtern. Die wichtigste Frage sei und bleibe die der Einführung der Berufung gegen die Strafkammerurteile erster Instanz; es müsse aber eine wirkliche Berufung ohne Verschlechterung der ersten Instanz eingeführt werden. Im einzelnen möge diese Frage manche Schwierigkeiten finden, bei der Überzeugung in allen politischen Lagern, daß die Berufung gegen Strafkammerurteile absolut nötig sei, mühten diese Schwierigkeiten aber zu überwinden sein.

Deutsches Reich.

* Der Anteil der süddeutschen Staaten an den Marinelieferungen ist in den letzten Jahren häufig Gegenstand von Reiprechungen und Wünschen in den gesetzgebenden Körperschaften gewesen. Erhebungen haben nun, wie die „Marine-Rundschau“ mitteilt, eine stetige Zunahme der Beteiligung süddeutscher Firmen auf einer ganzen Reihe von Gebieten der Marinelieferung ergeben. Selbstverständlich können immer nur gewisse Industriezweige überhaupt in Frage kommen, wie Bekleidungsgegenstände, Konserveverpackungen und ähnliche. Da die Verpflegung in der Flotte in der Hauptsache mit frischem Proviant geschieht, so kann man frisches Fleisch, Brot, Butter, Gemüse und Kartoffeln nicht erst aus den weit entlegenen süddeutschen Reichsteilen herbeischaffen, ohne sie dem Verderben auszuweichen. Auch gibt es in Süddeutschland weder Kessel, die für Schiffsmaschinen geeignet sind, noch Marinemaschinenfabriken. Dagegen beteiligen sich bereits 40 süddeutsche Firmen an ständigen Lieferungen für den Schiffsbau, ferner ist die Hälfte aller für die Marine nötigen Fleischkonserven in Süddeutschland bestellt worden. Die bayerische Beteiligung an Marinelieferungen beträgt bereits 15 v. H. gegen früher 9 v. H. Einen gleichen Zuwachs weisen die anderen süddeutschen Staaten auf.

* Zur Landtagswahl in Steinburg. Die National-Liberalen haben für die Landtagswahlwahl in Schleswig-Holstein 10 (Steinburg) den früheren Hofbesitzer Fietje (Kellinghusen) als Kandidaten aufgestellt, der auch von der fortschrittlichen Volkspartei unterstützt wird. Für die Rechte kandidiert der Freikonservative Rentner Jakob Weisforth (Wittorf). Der Wahlkreis war bisher durch den ins Herrenhaus berufenen Abgeordneten Dr. Engelbrecht (Freikons.) vertreten.

* Ein unverdächtigter Zeuge für die Güte unserer Flugzeuge. Das „Journal de Genève“, das sich nicht durch allzu große Deutschfreundlichkeit auszeichnen pflegt, schreibt in einem längeren Aufsatz über das Schweizer Flugwesen: „Die Schweiz braucht Militärflugapparate, und die deutschen Flugapparate sind am geeignetsten.“

ab. Der Verband deutscher Handelsgärtner tagte am Samstag im Lehrervereinshaus in Berlin. Unter den Delegierten der verschiedenen Körperschaften, die den Verband ihrer Unterstützung versicherten, befand sich auch neben den Vertretern des Bundes der Landwirte und der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft der Generalsekretär des Hansabundes Dr. Kleefeld. Dieser bekannte offen und ehrlich, daß der Hansabund einer agrarischen Hochschuttpolitik nicht unbedingt folgen könne, versicherte aber, daß er die Wünsche der Handelsgärtner der Leitung des Hansabundes übermitteln werde, und konnte versprechen, daß der Hansabund in jeder nur möglichen Weise die Wünsche der Handelsgärtner mit berücksichtigen und vertreten

Südküste des Weddellmeeres überhaupt landen kann. Der schiffbrüchigen Unternehmung ist das nicht gelungen und der schottischen Expedition unter Bruce auch nicht. Jedenfalls ist die Küste nicht so leicht erreichbar, wie das Viktorialand am Rohnmeer. Sollte aber Shackleton darin glücklicher sein, als seine beiden Vorgänger, so mühte man wieder bezweifeln, daß der kurze Rest des Sommers 1914/15 genügt, die Depots weit genug landeinwärts vorzutreiben. Dieses Land ist doch ganz unbekannt; man wird nach der geeigneten Route erst suchen müssen, und dazu wird Zeit gebraucht. Als es galt, vom Rohnmeer aus den Südpol zu erobern, mußte man auch zunächst suchen, d. h. Erfahrungen sammeln, und erst auf der Vorarbeit und auf den Entwürfen Scotts und Shackletons beruhte der endliche Erfolg. Auf Anlaß also pflegt eine so ins Ungewisse gerichtete Aufgabe, wie sie sich Shackleton gestellt hat, nicht lösbar zu sein.

Erwägt man alles, so ergibt sich folgendes: Daß eine Durchquerung der Antarktis ausführbar ist, läßt sich zwar nicht bezweifeln. Aber diesen Erfolg wird wohl erst ein späterer Forscher erringen, dem Shackletons Erfahrungen zugute gekommen sind.

Der moderne Torquemada.

Paris, 14. Februar.

Alphonse Bertillon, der Erfinder der neuzeitigen Inquisition, ist gestorben. Durch die hohen, grauen Säle des Pariser Justizpalastes, wo so oft sein Name schreckensvoll widerhallte, geht ein kaltes Klitzern. Der unerbittlichste aller Belastungszeugen, der Mann, der Duzende von Angeklagten rettungslos der Guillotine überlieferte, der das mörderische Klima von Canenne befeuchtete, Apachen und Bankiers zur Zwangsarbeit verurteilte, dieser Thomas de Torquemada, der Folter und Autopsie durch Messingbeschläge und Photographie ersetzte und nie an seiner Unfehlbarkeit zweifelte — der Vater der Anthropometrie wird begraben werden, nicht sein System. O, dies System hat sich die Weltbeherrschung errungen und gilt in seiner Starchheit vor den Gerichtshöfen viel, viel mehr wie

werde. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen den seit dem 1. Oktober 1913 in Kraft stehenden Versicherungsteil für Glasversicherung richtet. — Vom Staatssekretär Dr. Delbrück war ein Begrüßungsschreiben eingegangen.

ab. Deutscher Techniker-Kongress. Im Lehrervereinshaus in Berlin fand gestern zur Beratung der Patentgesetzreform ein gemeinsamer vom Bund der technisch-industriellen Beamten, dem Deutschen Technikerverband und dem Deutschen Werkmeisterbund, die zusammen über 120 000 Mitglieder verfügen, einberufener Deutscher Techniker-Kongress statt. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher der Deutsche Techniker-Kongress die Fortschritte in dem Entwurf zum neuen Gesetz gegenüber dem alten Rechtszustand anerkennt, aber betont, daß der Entwurf noch nicht allen Wünschen der Angehörigen entgegenkommt und auf die noch vorhandenen Mängel hinweist.

Heer und Flotte.

Samoa-Erinnerung. Am 16. März jährt der Trauertag von Samoa, der so vielen deutschen Seeleuten den Tod in den Wellen brachte, zum 25. Mal. Die Überlebenden werden sich an jenem Tage zu einer ersten Erinnerungsfest in Kiel zusammenfinden. Sie besteht aus Kirchgang und Appell. Dessen schließen sich Besichtigungen der Flotte und Marineanlagen und ein Essen im Seemannshaus an.

— Doppelfeier des Königin-Augusta-Regiments. Die 50-jährige Wiederkehr des Tages der Erstürmung der Doppeler Schanzen wird am 18. April das Königin-Augusta-Regiment in Berlin feiern. Zu dieser Feier des Doppeltages, an dem die Augustaner die Neuvertraute erhielten, ladet das Regiment alle noch lebenden Erstürmer und Kämpfer von Doppeler ein und hofft auf eine recht rege Beteiligung. Anmeldungen zur Teilnahme sind möglichst bis zum 1. März an das Königin-Augusta-Garde-Grenadier-Regiment in Berlin zu richten.

Post und Eisenbahn.

Tarifverzeichnis. Das im Verkehrs-Bureau des Reichseisenbahnnamts aufgestellte Verzeichnis sämtlicher deutschen Eisenbahntarife, das einen vollständigen und schnellen Überblick über alle auf den deutschen Eisenbahnen bestehenden Tarife für den Personen- und Güterverkehr ermöglicht, ist nach dem Stande vom 1. Januar 1914 neu herausgegeben worden. Die Neuauflage ist 175 Druckseiten stark im Verlage von Julius Springer in Berlin W. 9, Linienstraße 23/24, erschienen.

Deutsche Schutzgebiete.

DKG. Zur japanischen Arbeiterfrage. In der Sitzung des Gouvernementsrats vom 5. Dezember 1913 machte der Gouverneur davon Mitteilung, daß eine französische Firma angeboten habe, Japaner als Arbeiter für Samoa anzuwerben. Da das wesentlich teurer sein würde als die Beschaffung von Chinesen, so wurde davon Abstand genommen, auf das Angebot einzugehen. So wird denn nach wie vor die Kulivufuhr für die Wirtschaft von Samoa von ausschlaggebender Bedeutung sein.

DKG. Das Elisabethhaus in Grootfontein. Kürzlich hat in Grootfontein die Eröffnung eines neuen Wägenwagensheims stattgefunden, zu dessen Errichtung das Kuratorium der Elisabethhäuser eine erhebliche Unterstützung aus den der Deutschen Kolonialgesellschaft zur Verfügung stehenden Mitteln bewilligt hat. An den Präsidenten der Kolonialgesellschaft, Herzog Albrecht zu Mecklenburg, ist am Eröffnungstage folgendes Danktelegramm gerichtet worden: „Am Eröffnungstage des Elisabethhauses in Grootfontein ist die erste Weltbürgerin eingetroffen. Wir senden untertänigsten Dank für warmherzige Hilfe. Die Grootfontainer.“

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Der ruthenisch-polnische Ausgleich in Galizien. Lemberg, 14. Febr. Heute fand nach den Ausgleichsverhandlungen in der Wahlreformfrage die erste Sitzung des galizischen Landtags statt, die jedoch zu Beginn einen überaus stürmischen Verlauf nahm, da der russophile Abgeordnete Markow in russischer Sprache gegen die einzelnen Bestimmungen des ruthenisch-polnischen Ausgleichs protestierte. Die ruthenischen Abgeord-

neten lärmten derart, daß der Vorsitzende dem Abgeordneten Markow das Wort entziehen mußte. Die Sitzung konnte dann in Ruhe zu Ende geführt werden. Der Landtag hat die Wahlreform im Sinne des ruthenisch-polnischen Ausgleiches in allen Leistungen angenommen.

Massenversammlung von Arbeitslosen in Lemberg. Lemberg, 15. Febr. Heute fanden zwei Versammlungen von Arbeitslosen statt, in denen auch mehrere Abgeordnete sprachen. Einer derselben erklärte, daß die Abgeordneten entschlossen seien, an die Regierung eine letzte Mahnung zu richten, daß sie sobald als möglich der Arbeitslosigkeit durch entsprechende Maßnahmen entgegenzetrete. Wenn diese letzte Mahnung nichts nützen sollte, werden die Abgeordneten sich selbst an die Spitze der Arbeitslosen stellen, um auf der Straße der Regierung den Ernst der Lage vor Augen zu führen. Nach Schluß der Versammlung zog ein Teil der Teilnehmer vor das mit zwei Infanterie-Kompagnien besetzte Statthaltergebäude, um dort zu demonstrieren, doch wurden sie von der Polizei abgedrängt, die von der blanken Waffe Gebrauch machte. Einige der Demonstranten erlitten leichte Verletzungen.

Frankreich.

Das Budget für die Diplomatie. Paris, 15. Febr. Wie verlautet, wird binnen kurzem das französische Budget des Auswärtigen eine bedeutende Verbesserung erfahren. Der Abgeordnete Marin beabsichtigt, eine Broschüre herauszugeben, die das Budget für die französische Diplomatie behandelt und aus der hervorgeht, daß der Fonds für diesen Zweck in den letzten Jahren um nur 10 Millionen Franken angewachsen ist, also in gar keinem Verhältnis zu der Steigerung der anderen Budgets des französischen Staats steht. Die Ausgaben für die französische Diplomatie betrugen im Jahre 1913 12 Millionen Franken, jetzt für 1914 sind nur 22 Millionen im Budget veranlagt.

Das Heeresbudget erhöht. Paris, 16. Febr. Der Bericht, den der Deputierte Benacet im Namen des Heeresausschusses in der heutigen Kammer Sitzung vorlegen wird, teilt mit, daß die Regierung anstatt der ursprünglich angekündigten außerordentlichen Militärausgaben von 860 Millionen 1410 Millionen verlangen werde, und zwar 655 311 000 Franken (anstatt 440 000 000) für die Vermehrung des Mannschaftsbestandes auf dem Friedensfuß und 754 1/2 Millionen (anstatt 420 Millionen) für die Verbesserung des Kriegsmaterials. Die Erhöhung der Ausgaben für die Vermehrung des Mannschaftsbestandes wird insbesondere durch die Annahme des Antrages Vincent verursacht, durch den die vollständige Gleichheit der Dienstdauer festgelegt und jede vorzeitige Entlassung abgeschafft wird. Was das Kriegsmaterial anbelangt, so legt Benacet eingehend dar, daß Frankreich sich gegenwärtig ungewissheit in einem bedenklichen Zustand der Inferiorität befindet. Ferner weist der Bericht auf die Notwendigkeit hin, das Meer mit großen Abzugsplätzen auszustatten. Die Kosten für dieselben werden auf 130 Millionen veranschlagt und auf 5 Jahre verteilt. Alle Punkte des Programms, so schließt der Bericht, entsprechen gebieterischen Bedürfnissen, deren baldige Verwirklichung für die Sicherheit des Landes unerlässlich ist.

Eine Demonstration gegen Barthou und Briand. Paris, 16. Febr. Die beiden Exminister Barthou und Briand, die gestern nach Le Havre abgereist waren, um dort eine Wahlkitation einzuleiten, wurden bei ihrer Ankunft am Bahnhof von einer demonstrierenden Menge erwartet, die bei ihrem Erscheinen lärmte und pffte. Ein großes Genbarmerieangebot hielt die aufgeregte Menge in Schach.

Die unruhigen Winger. Paris, 16. Febr. In Aix bei Reims versammelten sich an 10 000 Winger und forderten in einem einstimmig gefaßten Beschlußantrag,

die Fingerabdrücke des Angeklagten sehen konnten, erklärte, versicherte, hätte seine Behauptungen und wohl auch seine Beweise. Er hörte erst auf, wenn er ganz seine Pflicht getan hatte. Der Angeklagte, der ihn dumm und wie verheult betrachtete, spürte schon das kalte Messer im Nacken. Bedankt, beglückwünscht, ging Alphonse Bertillon davon, ohne eines Zweifels Blasse, ohne Reue, bereit, von neuem anzufangen. Etwas wie unbewußte Scheu öffnete ihm eine Gasse durch die Menge der Advokaten und des Publikums. . . .

Diese Kriminalgröße war 1853 in Paris zur Welt gekommen, und zwar als Sohn des Dr. Bertillon, der zu den Begründern der Anthropologischen Gesellschaft und Schule zählte. 1882 wurde er der Polizeipräfektur zugeteilt, in der er nur mit Mühe seiner Reife zur Geltung verhelfen konnte. Heute gilt der Pariser anthropologische Dienst für vorbildlich; der Kriminaldienst fast sämtlicher Länder wurde danach eingerichtet. Zunächst erlangte er das „gesprochene Porträt“, eine in zwei bis drei Zeilen entfaltete Gesichtsschreibung, nach der die Detektive ohne Mühe Leute erkennen sollten, die sie nie zuvor gesehen. Die Fingerabdrücke als Identitätsbeweis sind keine eigentliche Entdeckung Bertillons, da schon im Altertum die Besonderheit der Hautlinien des Daumens und Zeigefingers bekannt war; aber er „klassifizierte“ die Abdrücke so geschickt, daß man schnell unter vielen Tausenden jenen wiederfinden konnte, der irgendwo sein „Leben des Siegel“ aufgedrückt hatte. Auch Nasen- und Ohrenkategorien stellte er auf — er kannte über 90 verschiedene Ohrenformationen. Bedeutende Dienste leistete sein phlogographisches Verfahren, das erlaubte, jederzeit auf der Waite die genaue Größe jedes der aufgenommenen Gegenstände zu messen. Die Ruhmesblätter seiner Karriere kann man in dem von ihm gegründeten Museum der Kriminalpolizei betrachten; seine Jünger werden in der Schule technischer Polizei herangebildet.

Bertillon starb an zunehmender Blutarmlut; sein Bruder Georges hatte sich viermal der gefährlichen Operation direkter Bluttransfusion unterzogen, aber damit nur eine Lebensverlängerung um wenige Monate erlaubt. Übergrößerer Arbeitsreißer hat den Gelehrten frühzeitig getötet. Carl La h m.

daß der Senat den Gesetzentwurf Rams-Daric über die Abgrenzung der Weingebiete unverzüglich annehmen möge. In Villeneuve veranstalteten 500 Bürger eine öffentliche Kundgebung gegen ihren Ausschluß aus dem eigentlichen Champagnergebiet und zogen, revolutionäre Lieder singend, durch die Stadt.

Rußland.

Errichtung einer Volksbank. Petersburg, 15. Febr. Eine der ersten Arbeiten des neuen Finanzministers wird die Errichtung einer russischen Volksbank sein, die vor allen Dingen dazu dienen soll, der Landbevölkerung Kredite zu gewähren. Dieses Projekt, dessen Anregung man dem Ackerbauminister Krivoschein zuschreibt, wird also den Gedanken des Baran realisieren, dem er in seinem letzten Kras Ausdrück gegeben hat. Die neue Volksbank soll Filialen in allen Städten, ja sogar in allen größeren Dörfern haben. Eine entsprechende Vorlage soll der Duma noch im Laufe dieser, spätestens aber während der nächsten Sitzungsperiode zugehen.

Balkanstaaten.

Der griechisch-serbische Bündnisvertrag. London, 16. Febr. Einer Meldung des „Daily Telegraph“ zufolge ist das Bestehen eines griechisch-serbischen Bündnisses bei dem gestrigen Abschiedessen für den Kronprinzen von Griechenland in Belgrad offiziell zugegeben worden. Während seines Trinkspruchs gebrauchte König Peter mehrfach den Ausdruck „Unser lieber und treuer Verbündeter“ in Bezug auf Griechenland.

Griechenland.

Benizelos. Eine sofortige Flottenverstärkung. Athen, 16. Febr. Im Ministerrat, der unter dem Vorsitz des Königs stattfand, berichtete der Ministerpräsident Benizelos über seine Eindrücke von der Reise. Der Ministerrat erörterte dann u. a. die sofortige Verstärkung der Marine. Benizelos erklärte im Verlaufe der Erörterung, er betrachte die Verbesserung der Grenzlinie von Epirus als gewiß. Das intime Einverständnis zwischen Griechenland, Rumänien und Serbien sichere die Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan und schließe jegliche griechisch-türkische Verwicklung aus.

Albanien.

Rußland Haltung in der Anleihefrage. Paris, 14. Febr. Der „Temps“ meldet aus Rom, daß der russische Botschafter am Quirinal dem Minister des Auswärtigen Marquis di San Giuliano erklärt hat, die russische Regierung könne nicht darin willigen, daß die Anleihe für Albanien, die durch die Botschafterkonferenz in London beschlossen wurde, durch irgend welche Kombinationen ihres internationalen Charakters entkleidet werde.

Ein angenehmer Palast. Rom, 16. Febr. Eine interessante Beschreibung des zukünftigen Palastes des Prinzen zu Wied in Durazzo veröffentlicht die „Tribuna“. Das Blatt, das seine Behauptung durch Photographien bekräftigt, sagt, daß dieser sogenannte Palast an Annehmlichkeit alles übertrifft, was man sich vorstellen kann. Er hat von Schmutz, und das einfachste Bauernhaus besitzt mehr Luxus und Komfort. Die Arbeiter, die mit der Restaurierung beauftragt waren, haben noch nicht das geringste geändert. Das ganze Gebäude ist nichts wie eine zerfallene Hütte, in der noch nicht einmal ein Bettler Unterkunft nehmen würde. Weiter ist auch gar nicht an ein Unterbringen des prinzipalen Gefolges zu denken, da in Durazzo andere Bauarbeiten nicht zur Verfügung stehen.

Vereinigte Staaten.

Ein Opfer der Beamtenbestechungen in New York. New York, 16. Febr. Die Bestechungsaffäre in den hohen Beamtenposten des Staates New York hat bereits zu einer Tragödie geführt, indem einer der ersten Beamten des Staates Selbstmord verübte. Es ist der Justizminister John Senned, der sich gestern in seiner Villa in Buffalo das Leben nahm. Bereits seit einiger Zeit ruhte auf ihm schwerer Verdacht der Bestechlichkeit. Schon wiederholt war er von dem Generalstaatsanwalt Whitman aufgefordert worden, als Zeuge bei verschiedenen Bestechungsprozessen zu erscheinen. Jedoch hatte er sich aus begreiflichen Gründen stets geweigert. Als er schließlich hörte, daß das Gericht sich mit dem Plane trug, einen Haftbefehl gegen ihn zu erlassen, hielt er es für geraten, seinem Leben ein Ende zu machen.

Südamerika.

Das argentinische Ministerium. Buenos Aires, 16. Febr. Dem Blatte „La Racion“ zufolge ist das Kabinett folgendermaßen gebildet: Inneres Miguel Ortiz, Finanzen Henrique Carbo, Äußeres Jose Luis Murature, Ackerbau Jose Maizran, öffentliche Arbeiten Manuel Monayo, Krieg General Belez, Justiz und Unterricht Horacio Calderon, Marine Saenz Valiente. Die Erlasse über die Ernennungen erscheinen morgen. Murature war bisher Chefredakteur des Blattes „La Racion“.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Vollschullehrer und Schuldeputation.

Wir glauben zwar nicht, daß die in der Schuldeputation sitzenden Personen: ein Rektor einer Volksschule, zwei Mittelschullehrer und eine Handarbeitslehrerin, nicht in der Lage und nicht bemüht sind, die Interessen der Volksschule und der Volksschullehrer genügend zu vertreten, sind aber trotzdem der Ansicht, daß die nachfolgenden, und aus Lehrerkreisen zugehenden Ausführungen als beachtenswert bezeichnet werden dürfen. Sie lauten:

„Im Hinblick auf die bevorstehenden Schuldeputationswahlen ist ebenfalls zu wünschen, daß die maßgebenden

Stellen gütig machen, was bei früheren Gelegenheiten versäumt worden ist. Als im Jahre 1908 auf Grund des Schulunterrichtsgesetzes die Wahlen zur Schuldeputation stattfanden, wurden von der Lehrerschaft auch Volksschullehrer zur Wahl empfohlen, jedoch ohne Erfolg. Es ist nicht zu verstehen, daß in der Schuldeputation der Großstadt Wiesbaden, die jetzt zum Jahr der 12. Volksschule jähret, kein einziger Volksschullehrer vertreten ist, während doch in dem Schulvorstand der kleinsten Landgemeinde der Lehrer Sitz und Stimme hat. Hier in Wiesbaden gehört der Schuldeputation neben einem Lehrer an der Mittelschule und einer Handarbeitslehrerin auch ein Rektor an. Der Rektor ist der nächste Vorgesetzte der Lehrer und kann wohl nicht als ihr Vertreter betrachtet werden. Wie schon gesagt, ist in den Schulvorständen der Landorte überall der Lehrer vertreten neben seinem Vorgesetzten, dem Ortschulinspektor. Rektor und Ortschulinspektor sind gewissermaßen die Vertreter des Staates, des Arbeitgeber. Da entspricht es nur dem allgemeinen Rechtsempfinden, wenn daneben auch die Arbeitnehmer, die Lehrer, einen Platz finden, wo ihnen die Möglichkeit geboten ist, ihre Wünsche und Ansichten zum Ausdruck zu bringen. Daß dieser Möglichkeit geschieht nichts im Wege steht, lehrt ein Blick in das Schulunterrichtsgesetz. Darnach gehören der Schuldeputation neben Mitgliedern des Magistrats und des Stadtrats auch noch „des Erziehungs- und Volksschulwesens kundige Personen“ an. Diese Gruppe soll mindestens die gleiche Anzahl von Mitgliedern umfassen wie eine der anderen Gruppen; sie darf sogar unter besonderen Verhältnissen noch größer sein. Es wäre also jetzt die Gelegenheit geboten, den schon vor 6 Jahren geäußerten Wünschen der Volksschullehrer Rechnung zu tragen. Die Volksschullehrer haben die Hoffnung, daß dieser „billige“ Wunsch nicht nur wohlwollend angehört, sondern wirklich erfüllt wird, da der Erfüllung doch keine finanziellen Bedenken entgegenstehen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.“

Bemerkenswert sind auch die folgenden, einer anderen Zeitschrift aus Lehrerkreisen entnommenen Ausführungen, die sich ebenfalls mit der Wahl von Volksschullehrern zur Schuldeputation beschäftigen: „Nun aber werden“, heißt es da, „diese Sachverständigen insofern nicht von der Lehrerschaft, sondern mit von den Stadtverordneten gewählt, so daß auch hier unter Umständen parteipolitische und konfessionelle Momente von ausschlaggebender Bedeutung werden. Anstatt, daß man sich z. B. bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Schuldeputation sagt, daß vor allem eine sachgemäße Vertretung der Volksschule und des Volksschullehrers fehlt, und folglich ohne Rücksicht auf Konfession und parteipolitische Stellung der beste und sachverständigste Volksschullehrer der in Betracht kommenden Körperschaft zugeführt werden müsse, bemüht sich das Zentrum und mit ihm im Bunde der Katholische Lehrerverein, daß ein Mitglied dieses Vereins in die Schuldeputation komme, indes eine kleine Interessengruppe diesen Parteikampf benützt, um zwar einen Volksschullehrer, aber einen solchen ohne eigene Meinung auf den Schild zu erheben. Nach beiden Seiten müssen wir in diesem Falle protestieren. Jetzt und in Zukunft können wir nur dann eine grundsätzliche Besserung solcher Verhältnisse erwarten, wenn einmal die Wahl der Sachverständigen nicht mehr durch Magistrat und Stadtverordnete, sondern durch die Gesamtheit der Lehrer vorgenommen wird.“

Hierzu ist zu bemerken: Nach dem Gesetz vom 28. Juli 1906, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschule, werden die Mitglieder der Schuldeputation aus der Stadtverordnetenversammlung von dieser und die des Erziehungs- und Volksschulwesens kundigen Personen von den der Schuldeputation angehörenden Mitgliedern des Gemeindevorstandes und der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Es ist also ohne eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich, den in der zweiten der oben abgedruckten Zeilen ausgesprochenen Wunsch der Lehrer, die Wahl der Sachverständigen durch die Gesamtheit der Lehrer vornehmen zu lassen, zu erfüllen. Für selbstverständlich halten wir es dagegen, daß die Lehrer aufgefordert werden, Wahlvorschlüsse einzureichen.

Die katholische Kirchengemeinde nahm am Sonntag die Wahlen zum Kirchenvorstand für die drei hiesigen Pfarreien vor. In St. Konstantin wurden Baumeister Christian Dähne, Archivar Dr. Max Domarus, Lehrer a. D. Jakob Effelberger, Schreinermeister und Stadtverordneter Joseph Junt, Bureauvorsteher der Kassanischen Landesbank Leo Franz, Schlossermeister Otto Britton, Bankier Paul Arier, Landgerichtsrat August Lebededer, Verwaltungsgerichtsdirektor Wilhelm Ring, Direktor Friedrich Schipper gewählt. In Maria-Hilf wurden gewählt: Rentner Eduard Casar, Rentner Friedrich Demuth, Rentner Joseph Bauer, Immobilienagent Joseph Jmand, Oberpostsekretär a. D. Ferdinand Kampfe, Ingenieur August Käßbohrer, Gerichtsdirektor Joseph Opfermann, Rentner Georg Radv, Lithograph Jean Radv und Rektor Johann Würdinger. Für die Dreifaltigkeitskirche wurden gewählt: Kaufmann Richard Fein, Justizrat Wilhelm Lauff, Geheimer Ratrat Johannes Lauter, Stadtverordneter Baumeister Joseph Ehs, Apotheker Heinrich Port, Kaufmann Emil Ruppert, Regierungs- und Forstrat Graf Schmising-Archibrod, Landgerichtsrat Wilhelm Schmitz, Magistratsobersekretär Karl Wagner und Fortbildungsschuldirektor Johannes Beyer.

Zur Berufswahl schreibt die Handwerkskammer Wiesbaden: Angesichts der bevorstehenden Schuldeputationswahlen tritt an die Eltern und Vormünder die erste Frage heran, in welchem Beruf sie die Schulkindern unterbringen sollen, um nach menschlicher Voraussicht für deren künftiges Wohl am besten zu sorgen. Die Berufswahl ist für viele recht schwer, da allerlei Umstände in Betracht zu ziehen sind. Die Hauptsache ist aber, daß ein Beruf gewählt wird, welcher geeignet ist, seinen Träger anständig zu ernähren, ihm eine angenehme Lebensstellung zu schaffen, und zu welchem der junge Mensch Neigung hat. Da kommt nun in erster Linie das Handwerk in Betracht. Ein Handwerker, es möge Namen haben, wie es wolle, wird in der Regel, wenn es gründlich gelernt ist und demnachst nach gesunden Grundsätzen betrieben wird, diese Bedingungen erfüllen. Ein gelernter Handwerker wird immer einen höheren Lohn verdienen, als der ungelernte Arbeiter, und auch immer leichter Stellung finden. Der spätere selbständige Handwerker nimmt aber, wenn er sich darnach anstellt, in der Regel eine angenehme Stellung ein und ist sein eigener Herr. Alle beruflichen Stellen, Reich, Staat, Gemeinden und Handwerkskammern, bemühen sich fortgesetzt eifrig um die Hebung und Förderung des Handwerks. Durch die Gesetzgebung der neueren Zeit sind die Verhältnisse im Handwerk wohlgeordnet, insbesondere ist eine ausreichende Regelung des Lehrlingswesens geschaffen, die Gesellen- und Meisterprüfung organisiert und

die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen nach bestimmten gesetzlichen Vorschriften geordnet. Der Meistertitel im Handwerk ist gesetzlich geschützt. Kurzum, was für das Handwerk geschehen kann, geschieht, so daß auch die gewissenhaftesten Eltern und Vormünder ohne Bedenken ihre Schützlinge dem Handwerk zuführen können. Wichtig ist dabei allerdings die Auswahl des Lehrherrn, damit der Schützling in die richtigen Hände kommt. In dieser Beziehung wird auf die Verrichtungsstellenmittlung verwiesen, welche überall eingerichtet ist, insbesondere im Arbeitsamt zu Wiesbaden, im Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverband zu Frankfurt a. M., beim Verein „Jugendwohl“ in Frankfurt a. M. und bei dem Arbeitsnachweis zu Limburg a. d. L. Diese Stellen sowie die Handwerkskammer sind gerne bereit, mit Rat und Tat an die Hand zu gehen.

Schulnachrichten. In Nr. 5 des „Allgemeinen Schulblattes“ lesen wir: „Bisher wurden Lehrer, die sich für eine Stelle gemeldet hatten, zu Lehrproben geholt. Jetzt hat die Regierung bestimmt, daß kein Urlaub mehr gegeben wird, vielmehr sollen sich die Dienstbehörden von der Tüchtigkeit des Lehrers in seiner Klasse überzeugen.“ Dasselbe Nummer des „Schulblattes“ erwähnt unter den anderen Verfügungen folgende: Lehrer Gahner von Goslar, Lehrer Haumann von Berlin, Lehrer Simon von Gießen nach Frankfurt a. M. Infolge der oben angeführten Verfügung wird man zukünftig schwerlich noch Lehrer aus so weit entfernten Orten gewinnen können. Für die Kassauer Lehrer verbessern sich somit die Aussichten auf Anstellung in den beiden Großstädten unseres Bezirks, die beide gezwungen sind, aus der Nähe ihren Lehrbedarf zu decken. Die Konkurrenz bezüglich der Gewinnung tüchtiger Lehrer wird nun zwischen Frankfurt und Wiesbaden besonders scharf hervortreten.

Militärisches. Das Offizierkorps des Jäger-Regiments v. Werder (Kurhess.) Nr. 80 veranstaltet Mittwochsabend im Offizierskasino einen Ball, wozu etwa 150 Einladungen ergangen sind. — Dem beabsichtigt hier weilenden Generalmajor und Brigadeführer Bothe des hiesigen Kassanischen Feldartillerie-Regiments (Oranien) Nr. 27 brachte Montagnachmittag das Trompeterkorps ein Ständchen.

Teatend. Die „Mädchen- und Frauengruppe für soziale Hilfsarbeit“ veranstaltet am Mittwoch, den 18. Februar, 4½ Uhr, im „Frauentum“, Oranienstraße 14, wieder einen Teatnachmittag. Frau A. Ridert hat es übernommen, über die Pfadfinderinnenbewegung zu sprechen. Die Gruppe hofft, bei dem vielseitigen Interesse, welches dieses Thema erwecken dürfte, auf zahlreichen Besuch. Auch Nichtmitglieder sind willkommen. Tee mit Gebäck 50 Pf.

Gewerbeverbände. Am 20. Februar wird im hiesigen Regierungsgebäude die konstituierende Versammlung des Gewerbeverbands der hiesigen Gewerbebetriebe stattfinden und die Beschäftigung über dessen Satzungen usw. erfolgen. In diesem Auschuß werden mit Stimmrecht vertreten sein: die Stadtverwaltung Frankfurt a. M. mit drei, die Stadtverwaltung Wiesbaden mit zwei, die Königl. Regierung und der Bezirksverband Wiesbaden mit je einer, die Handwerkskammer Wiesbaden mit vier, das Kuratorium der Großen Meisterkurse und der Technische Verein in Frankfurt a. M. mit je einer, der Gewerbeverein für Nassau mit drei, die Innungsverbände zu Frankfurt a. M., Wiesbaden, zu Limburg mit je einer Stimme. An dem Zustandekommen des Ausschusses dürfte kein Zweifel sein, da er berufen ist, das im Regierungsbezirk Wiesbaden ansässige Handwerk und Gewerbe in jeder geeigneten Weise zu fördern.

Wiesbadener Industrie auswärts. Die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. C. Buchner ist in letzter Zeit bei Vergabung großer und bedeutender Aufträge allenthalben sehr erfolgreich gewesen. Es wurde der genannten Firma unter anderem der Auftrag auf Ausführung der gesamten elektrischen Einrichtung (Kraft wie Licht) für den Vergnügungspark Hagenbeck-Parke in Hamburg-Stellingen zuteil, und in Verbindung damit erhielt die Firma Buchner gleichzeitig seitens der Stadt Stellingen-Langensfelde eine Bestellung auf Lieferung und Montage von zwei Dieselmotoren mit insgesamt 1000 PS. Leistung nebst direkt gekuppelten Generatoren und Zubehör. Außerdem wurde die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. C. Buchner mit dem Auftrag auf die gesamte elektrische Einrichtung für das von der Frau General Hensdorff nach den Entwürfen des Professors Wilhelm Kreis in Düsseldorf errichtete Offiziersheim im Schwarzwald bei Baden-Baden, das nach seiner Vollendung dem Kaiser als Geschenk übergeben werden soll, versehen.

Die Karnevalnummer des „Simplissimus“ enthält in diesem Jahre eine ganze Reihe vorzüglicher Zeichnungen. Letztlich ist die Nummer ausgestattet mit einer Reflexion in Versen über den „Tango“ von Ludwig Thoma (mit Zeichnungen von W. Wennerberg), ferner mit je einer Skizze: „Zachling“ von Thomas Quirel und „Das Abenteuer“ von Schim, sowie mit einem Gedicht: „Das Rindemännchen“ von Hans Krailsheimer und mit sechs Beiträgen unter „Dieser Simplissimus“.

Fremdenverkehr. Kammerherr G. v. Dercken-Rittendorf und Gemahlin, geb. v. Schwerin, aus Rittendorf in Mecklenburg sind im „Hotel Wilhelm“ abgeblieben.

Personal-Ankündigungen. Dem Ob- und Oberkriegsgerichtsrat Winter zu Wiesbaden wurde, wie der „Reichs-anzeiger“ meldet, der Kronenorden 2. Klasse verliehen.

Güterverkehrsregister. Die Ebene des Güterverkehrsregisterbüros Radv und Ida, geb. Diedrich, sowie Restaurateur Friedrich Wilhelm Minor und Emma, geb. Frolich, beide hiesig, haben Gütertrennung vereinbart.

Stadtbefehle sind erlassen hinter August Reil, geb. 28. März 1835 zu Sonnenberg, zuletzt wohnhaft in Gelsenkirchen, wegen Diebstahls, und den Weisenden Cesar Koenig, geb. am 30. Juni 1888 zu Breslau, zuletzt wohnhaft in Wiesbaden, wegen Diebstahls.

Kleine Notizen. Im Apollo-Theater findet heute wieder ein Militär-Konzert statt, das Obermusikmeister Henrich mit seiner Kapelle ausführt. Der Eintritt ist frei.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Wiesbadener Künstler auswärts. Die Sopranistin Dora Lang hat mit bestem Erfolg in einem Konzert in Brumont auf das dortige Blatt schreibe u. a.: Die Dame hat eine angenehme Vortragweise und verfügt über Stimmkräfte, die den vorgetragenen Liedern voll und ganz gerecht wurde. Die mit Orchester gesungene Arie „Die Nacht mit der Schürmmer“ und „Es hohe Frauen“ bewiesen das Können des Frl. Lang auch auf diesem Gebiete.

Musik- und Vortragsabende.

Das Wiesbadener Konservatorium für Musik (Direktor Art. Michaelis) hatte am 13. Februar eine Aufführung mit Orchester veranstaltet, zu welcher sich eine so zahlreiche Zuhörerschaft einfinden konnte, daß sich der Konservatoriumsraum wieder als zu klein erwies. Sämtliche Leistungen boten Gutes. Großes Interesse bewies man dem talentvollen

Verbrecher, der nicht als geisteskrank und für ungerechnungs-fähig erklärt wird. Diese Art Rechtsprechung ist höchst bedenklich. (Lebhaftes Geknurre auf allen Seiten.) Insbesondere bedürfen wir starker Schutzmaßnahmen gegen unberechtigte Unterbringung geisteskranker Personen in eine Irrenanstalt und geistlicher Maßnahmen gegen die Bestimmung interessierter Personen zu Vormündern dieser Internierten. Tatsächlich gemeingefährliche Geistesranke sollte man aber nicht nach einer gewissen Zeit aus der Anstalt entlassen und sie wieder auf die Menschheit loslassen, sondern sollte sie, wie es im Falle des Lehrers Wagner geschehen, lebenslanglich in eine Irrenanstalt bringen.

Besser wäre es allerdings gewesen, im Falle Wagner die ganze Sache der Sache des Gesetzes anzuwenden.

Das Volk versteht diese Erklärung nicht. Wo Mißstände vor-handen sind, müssen sie rücksichtslos zur Sprache gebracht werden, damit das Vertrauen zur Rechtsprechung nicht erschüttert wird. (Beifall im Zentrum.)

Hg. Schiffer-Magdeburg (nail.): Die Sozialdemokratie leitet ihre Theorie von der Klassenjustiz aus. Zeitungsan-sichten her. Wir erkennen ohne weiteres an, daß Mißgriffe vorkommen, aber nirgends sind sie so selten, wie bei uns. Auch den Klassen, die hinter der Sozialdemokratie stehen, ist das Vertrauen zur Rechtsprechung noch keineswegs verloren gegangen. In der Frage der Beleidigung muß ein gesetzlicher Schutz der Ehre gefordert werden. Wer in der Verteidigung seiner Ehre formell über die Grenze der Zulässigkeit geht, sollte nicht noch obendrein verurteilt werden können. Gegenüber böswilligen Schuldlosen müßten die Klagen besser geschützt werden. Wir verlangen, daß in gewissen Fällen die Rechtsprechung beschleunigt und vereinfacht wird. Die Verichterstattung in Sensationsprozessen muß eine würdige sein. Es scheint aber, als ob auch im Ge-richtssaale Bon mots geprägt werden, um noch außen hin Eindruck zu machen.

Der Richter muß von dem Grundsatz ausgehen: Erst kommt der Mensch, dann der Jurist.

Hg. Dr. Leszinski (Boie): Die Beschleunigung der Rechtsprechung muß unbedingt gefordert werden. Den poli-tischen Angelegenheiten gegenüber wird nicht mit der gleichen Objektivität geurteilt, wie den übrigen Mißbürgern gegenüber.

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr einstimmig vertagt. Vorher Anfragen und Abstimmungen zum Reichsamt des Innern. — Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Haener Protokoll des „Wiesbadener Tagblattes“.

S. Berlin, 16. Februar.

Am Ministertisch: Minister des Innern von Döllwig. Präsident Graf von Schwerin-Dömitz eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr.

Die Beratung zum

Etat des Ministeriums des Innern

wird fortgesetzt. — Zunächst wird über die dänische Frage ver-handelt.

Hg. Wittrod (fortsch. Opt.): Wir bedauern die Schärfe, die der politische Kampf in Nordschleswig angenommen hat. Wir freuen uns der Ereignisse von 1864. In einer wahren inneren Freude sind wir aber noch nicht ge-kommen. Vor 20 Jahren war es anders; da arbeiteten Dänen und Deutsche zusammen. Dann kam im Jahre 1888 der Sprachenkampf. Dadurch wurden die Dänen erbittert. Sie sagten: Man will uns die Mutter Sprache rauben. Die Adressen der Politik hat die Erbitterung der Dänen ver-schärft. Durch die Dänenpolitik der Regierung ist vielfach das Gegenbild von dem erreicht worden, was man wollte.

Das Verfehlteste wäre es, wenn man zur Räderpolitik, einer schärferen Handhabung der Maßnahmen gegen die Dänen, zurückkehren würde.

Die Räderpolitik widerspricht unserem Gerechtigkeitsgefühl und vor allem dem Staatsinteresse. Auf das Urteil der Räder-burger Versammlung, in der entschieden gegen die Dänen Stellung genommen wird, darf nicht zu viel gegeben werden, denn dabei spielt das Moment der Waffengewalt erheblich mit. Die Erklärung des Ministers, betreffend Förderung der wirtschaftlichen Interessen in Nordschleswig, begrüßen wir auf das lebhafteste, denn die Grenzgebiete haben eine solche Förderung besonders nötig. Man sollte die Gegenstände nicht verschärfen, sondern überbrücken. Das Verbot von Amun-dsen's Vortrag war nicht zu rechtfertigen und daher mußte es aufgehoben werden. Ich empfehle der Regierung, mit möglicher Milderkeit die Dänenpolitik zu führen. Jeder geistvolle Eingriff hindert die natürliche Entwicklung. Durch ritterliche und vornehmliche Art werden wir in Nordschles-wig verhängend wirken. (Lebhafter Beifall links.)

Hg. Ströbel (Soz.): In Nordschleswig wird eine Poli-tik der Vergewaltigung und Drangsalierung gegen die Dänen getrieben. Der Kampf wird gegen den an-greiflichen Terror der Dänen geführt. Wer was sollen diese 150 000 Köpfe, um die es sich hier handelt, für einen Terror ausüben. Man sagt, die Dänen boykottieren die Deutschen. Was bedeutet das gegenüber dem nationalen Bonfott, der von deutscher Seite ausgedrückt wird. Von allen kommuna-len und sonstigen Ehrenämtern werden die Dänen ausge-schlossen. Die Dänen befinden sich im Recht, wenn sie ihre Nationalität erhalten wollen. Als sich Preußen und Öster-reich feierlich über den Raub nicht einigen konnten, kam es zum Krieg zwischen Preußen und Österreich. Der Kampf gegen die Dänen widerspricht unserer kulturellen und natio-nalen Ehre. (Beifall bei den Soz.)

Minister des Innern v. Döllwig:

Wenn der Vorredner mit Bezug auf die Ereignisse von 1864 von Raub gesprochen hat, so muß ich dagegen auf das offenkundigste Berichtigung einlegen. (Lebhafter Beifall rechts.) Als Kaiser Wilhelm die Heeresorganisation durchgesehen hatte und nachdem es Bismarck's überaus großer Politik gelungen war, Rußland zu neutralisieren und Öster-reich's Mißwirkung zu erzielen, da konnten wir unseren deutschen Brüdern in der Nordmark zu Hilfe eilen und sie befreien.

Wenn man da von Raub sprechen kann, so ist das ein Ge-weis von einem Tiefstand des nationalen Empfindens.

(Lebhaftes Bravo! rechts.) Daß dem sozialdemokratischen ersten Vizepräsidenten des Reichstages verboten worden ist, in Hildesheim einen Vortrag in dänischer Sprache zu halten, fin-det unsere volle Billigung. (Beifall rechts.)

Hg. Graf von Reventlow (konf.): Es ist kein Zweifel, daß früher das Deutschum in Nordschleswig Fortschritte ge-macht hat. Das hat aber aufgehört, seitdem die Politik gegen die Dänen an Entschiedenheit verloren hat. Ich bitte die Regierung, stetig und energisch in der Dänenpolitik vorzu-gehen.

Hg. Kloppeborg (Däne): Die dänische Regierung hat stets korrekte Nachbarpolitik gegen uns getrieben. Für seine Angriffe gegen uns hat der Hg. Schiffer keinen Beweis er-bracht. Er will eine Politik der Chikanen und der Be-unruhigung gegen uns. Die Unterdrückung der Preußen durch Napoleon erlitten hat, war nicht so groß wie diejenige, die die Dänen seitens Preußens erleiden. Besonders werden die Versammlungen der Dänen chikaniert. Man darf nicht einmal über die Fliegenplage sprechen. Wir fordern eine Politik der Gerechtigkeit gegen die Dänen.

Hg. von Voisin-Stormarn (freikons.): Der Vorredner hat sich ebenso wie vorgetern Hg. Kissen großer Über-treibung schuldig gemacht. Gegen das probizierende Verhalten der Dänen muß energisch vorgegangen werden.

Die Debatte wird geschlossen. — Damit ist die Erörterung über die dänische Frage erledigt.

Es folgt die Debatte über

die Verhältnisse der Sparkassen.

Es liegt ein von den Nationalliberalen, dem Zentrum und den Freikonservativen unterstützter Antrag der Hg. Hahn (konf.) und Gen. vor, in welchem die Staatsregierung ersucht wird, die Ausführungsanweisung zum Gesetz, betreffend Anlegung von Sparkassenbeständen in Zinhaberpapieren, dahin abzuändern, daß die öffentlichen Sparkassen Preußens in die Lage versetzt werden 1. die Ein-stellung ihres Pflichtbestandes an Zinhaberpapieren in die Bilanz nach dem Anschaffungspreis vorzunehmen; 2. die buch-mäßigen Kursverluste solange vom Reservefonds abzuschreiben, als dieser nicht unter 2 Prozent der Einlagen sinkt; 3. die Zinsen des Reservefonds den Jahresüberschüssen hinzuzu-rechnen.

Hg. v. Gries (konf.): Die große Mehrzahl meiner Freunde hat Bedenken gegen den Antrag, weil wir der Mei-nung sind, daß seine Durchführung mit der Solidität der Sparkassen und mit den Grundföhen einer kaufmännischen Buchführung nicht im Einklang stehen würde.

Hg. Reinhard (St.): Bei der Beratung des Gesetzes, betreffend Anlegung von Sparkassenbeständen in Zinhaberpapieren, haben wir die Befürchtung ausgesprochen, daß da den Sparkassen erhebliche Nachteile erwachsen würden. Diese Nachteile haben sich in mehrfacher Beziehung ergeben. So haben die Sparkassen durch die Zinhaberpapiere große Kurs-verluste erlitten. Durch den Antrag sollte Nachteilen des Ge-setzes entgegengewirkt werden.

Die Kreditnot des Mittelstandes ist durch das Gesetz noch verschärft worden.

Es sollte den Sparkassen in weiterer Weise, als bis jetzt der Fall, Dispens bezüglich des Erwerbes von Zinhaberpapieren erteilt werden.

Minister des Innern v. Döllwig: Das Gesetz kann nicht so ungünstig gewirkt haben. Die Sparkassen haben im Jahre 1912 größere Überschüsse gehabt, als vorher. Die Aus-führungen des Hg. v. Gries waren durchaus zuverlässig. Die Kursverluste der Sparkassen können nicht sehr erheblich sein. Die Regierung ist nicht in der Lage, dem Antrage Folge zu geben.

Hg. Hausmann (natl.) tritt für Annahme des An-trages ein.

Hg. Dr. Reiser (Opt.): Ich bin nicht in der Lage, dem Vorredner zuzustimmen. Die Annahme und Durchführung des Antrages würde zur Folge haben, daß die Sparkassen zu falschen Bilanzen kommen. Die Sparkassen haben bei den Vorrednern, die sie genießen, alle Verantwortung auf einer vor-sichtigen Finanzverwaltung. Sie sollen vorbildlich auf diesem Gebiete sein. Wir haben erhebliche Bedenken gegen den Antrag.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt. Außerdem Interpellation, betr. die Überschwem-mungsgefahren an der Oder, ferner Vorlage, betr. Stadter-weiterung Dortmund. — Schluß 3/4 5 Uhr.

Die Bündlerparade.

S. Berlin, 16. Februar. (Fig. Drahtbericht.)

Offenbar, um den Eindruck der Demonstration nach außen hin zu verstärken und vor allen Dingen den Sams-tag zu überbrücken, hatte der Bund der Landwirte sich diesmal nicht mit einer Zirkusversammlung begnügt, son-der den Zirkus Busch und den Zirkus Schumann mit Be-schlag belegt. Das Ganze lief auf eine große Enttäu-schung hinaus, und zwar läßt sich das nur dadurch erklären, daß die neue Parole der Konservativen und agrarischen Reaktion: „Kampf gegen Demokratie und Reichs-tagauflösung“, anscheinend selbst nicht einmal in den Kreisen des Bundes der Landwirte so eingeschlagen hat, wie man gehofft hatte.

Der Zirkus Schumann, wo Dr. Dertel der Haupt-rechner war, war gut besucht. Auch im Zirkus Busch, wo Herr v. Oldenburg-Januschau die Attraktion des Tages bildete, mußte schon um 12 Uhr, also eine halbe Stunde vor Beginn, wegen Überfüllung geschlossen werden. Aber kaum nachdem Herr v. Oldenburg-Januschau seinen Vortrag, der geradezu auffällig flau war, geschlossen hatte, da hatte der nächstfolgende Redner, der Bürgermeister Dr. Everle, der Vorsitzende des reichsdeutschen Mittel-standsverbandes, kaum noch die Hälfte der Zuhörer wie sein Vorredner. Eine häßliche Illustration von der Mittelschichtfeindschaft unserer Agrarier. Beiden Ver-sammlungen lag eine gleichlautende Resolution vor, die natürlich einstimmig Annahme fand und folgenden Wort-laut hatte:

Die neuen Momente der Entwicklung in Deutschland muß den Bund der Landwirte als eine große Vereinigung monarchisch gesinnter nationaler Männer mit schweren Ver-sorgnissen erfüllen. Auf allen Gebieten der Gesetzgebung des Reichs bemerken wir eine immer weitergreifende Rück-sichtnahme auf die Stimmungen, die Wünsche und Inter-essen der Demokratie, die gegen militärische, feudale, sozialpolitische Fragen auf das deutlichste erkennbar wird. Die Vorgänge in Javern und ihre Behandlung, die Versuche, die Kommandogewalt des Kaisers und der Bundesfürsten einzu-schränken und den Parlamentarismus zu stärken, das Über-reifen des Reichs in die Steuerpolitik der Einzelstaaten sind Merkmale der neuerdings eingetretenen demokrati-schen Entwicklung. Der Bund der Landwirte spricht

demgegenüber seine feste Entschlossenheit aus, der in dieser Zeit für die Monarchie, für das Reich und für das gesamte Volk gleich unheilvollen Entwicklung mit aller Entschiedenheit zu seinem Teil entgegenzuwirken.

Den beiden Versammlungen lag der gedruckte Geschäftsbe-richt vor. Im Zirkus Busch, wo sich das Hauptinteresse kon-zentrierte, begrüßte der Bundesvorsitzende Dr. Köstke die Versammelten. Er wies auf die Notwendigkeit hin, mit der merkwürdigerweise eine wirtschaftliche Krise Hand in Hand gegangen sei. Die Hauptschuld daran liege die Emissionspolitik der Großbanken. Während beim Steigen der Preise immer Lärm geschlagen werde, werde jetzt von dem Sinken der Preise nicht gesprochen. Das mögen die Landwirte sich merken, denen jetzt bei ihrer relativ günstigen Situation „der Himmel zu leicht voller Geigen hänge“. Der Redner gedachte dann des schwedischen Bauernzugs, bei dem sich germanischer Geist und germanisches Fühlen zeigte. (Stür-mischer Beifall.) Noch stürmischer war die Begeisterung, als Dr. Köstke sich gegen die Sozialdemokratie wandte.

Die Sozialdemokratie sei jetzt in den Parlamenten an ihrem Werte; im Reichstag scheinen geradezu Freireisende dafür ausgegeben zu sein, daß man versuche, das Ansehen des Kaiserhauses und der Fürstenthümer durch Angriffe in ihren Rechten herunterzuziehen.

(Sehr richtig!) Der Kampf der Demokratie gegen den monarchischen Aufbau des Deutschen Reichs hat seinen höch-sten Ausdruck gefunden in den Angriffen auf unsere Armee in Javern. Die dortigen Vorfälle, die starke Kraft unseres Heeres und seine festesten Gefüge zu lockern, waren eine solche Wirkung. Ein Mann nur hat es in Javern verstanden, solche Wirkungen weiter zu verhindern, ein Mann, mit schlichtem Gefühl und treuer Pflichterfüllung: Oberst von Reuter! (Stürmischer, minutenlang Beifall. Hochrufe auf Reuter.) An diesem Mann erkennt man, welche Bedeu-tung noch heute ein Mann in Deutschland hat, der weiß, was er will, und sich berufen fühlt, seine Pflicht in voller Schlicht-heit und Einfachheit zu erfüllen. (Erneuter stürmischer Bei-fall.) Lehten Endes hat es sich bei der Javerner Angelegen-heit nur darum gehandelt, die Kommandogewalt der deutschen Fürsten und des Kaisers zu begrenzen. Die Regierung muß die nationalen Empfindungen berufen zur Bekämpfung der Demokratisierung des Reichs und zum Kampf gegen die Mächte des Umsturzes. (Beifall und Handklopfen.) Ver-sucht die Reichsleitung das nicht, so werden wir und das ganze nationale Volk selbst den Kampf aufnehmen und siegreich durchgehen. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Dietrich Hahn polemisierte gegen den natio-nalen Bauernbund. (Zurufe: Judenbund!) Wenn die Nationalliberalen es ehrlich mit der Landwirtschaft meinen, dann müssen sie mit uns gehen und nicht mit der fortschrit-tlichen Volkspartei. (Lebhafter Beifall.) Wenn man meint, es könne noch weiter so gewirkt werden, so täuscht man sich. Bei dem Kampf um den neuen Zolltarif werden die Herren vom Bauernbund gewiß für unsere Forderungen einstehen. (Bravo!) Wenn der Abgeordnete Bassermann im „Deutschen Kurier“ geschrieben hat, daß wir eigentlich die Feinde des Schutzzolles seien, da wir 1902 gegen den Zolltarif stimmten, so muß ich demgegenüber bemerken, daß wir dies nur deshalb taten, um eine schärfere Waffe zu erlangen. Aber nicht die Sorge um den Zoll, sondern die Sorge um den König, das Vaterland, Kaiser und Reich hat uns heute hier in so großer Zahl zusammengeführt. (Stürmischer Beifall.) Und diese Sorge ist in unseren Herzen geworden und wurde be-sonders empfunden, als wir von den Vorgängen in Javern erfuhren und von all dem, was sich daran anknüpfte.

Demokratie und Sozialdemokratie haben in Deutschland bedrohlich ihr Haupt erhoben, wie wir es noch niemals seit Gründung des Deutschen Reichs erlebt haben.

Es ist heute nicht die Frage, ob durch Sozialpolitik, Versiche-rung und Wohlfahrtsanstalten den Massen Segnungen zuteil werden sollen, nein, heute handelt es sich darum, gegen eine einseitige Klassenpolitik zu protestieren. Es handelt sich darum, daß die Gesetzgebung mehr und mehr nach den Grundföhen des sozialistischen Programms gestaltet wird. Die Krankenversicherung wurde durchgeführt sogar bis zur Dienstbotenversicherung (Hört! Hört!), bei der vielfach leider die Dienstboten das Risiko für die gewerblichen Arbeiter mit aufbringen müssen. (Sehr wahr!) Unsere ganze Sozialpolitik wird nur noch nach dem Willen der Sozialdemokratie ein-gerichtet. (Zustimmung.) Die Interessen des Mittelstandes werden vernachlässigt genau wie in der Zeit von 1903 bis 1906. Es ist wohl angenehmer für die Sozialdemokratie, wenn sie nicht auf die Barrikaden zu steigen braucht, sondern nach dem Rezept der Revisionisten mit Hilfe der bürgerlichen Parteien einen Programmpunkt nach dem anderen verwirklichen können. Man will vor allem die Vermögens konfiszieren. Die eingeführte Vermögenszuwachssteuer wird ja nicht allein von den Einzelstaaten benutzt werden können zu Zuschlägen, sondern auch der weiteren Reichsfinanzreform im Sinne der Sozialdemokratie eine Stütze bieten können. (Zustimmung.) Die zweite Gefahr ist die, daß mehr und mehr die Parteien im Verlauf der unglücklichen Wahlhebe von 1909 in eine gewisse Abhängigkeit zu der Sozialdemo-kratie geraten sind. Wo ist der alte, stolze Freisinn aus der Zeit Eugen Richters? Heute wird der Freisinn jüdisch und demokratisch beeinflusst. (Lebhafter Zustimmung.) Wir wür-den mit den alten Feinden, wenn die Regierung vernünftige Sammelpolitik triebe, schließlich doch zusammengehen, aber mit den jüdischen demokratischen Drahtziehern in Berlin können wir uns niemals verständigen.

(Stürmischer Beifall.) Darum rufen wir den vernünftigen Elementen im Freisinn zu: Trennt euch von der Sozial-demokratie und ihren jüdischen Freunden! (Großer Beifall.) Auch die Nationalliberalen, so weit sie Arbeitgeber sind und nationale praktische Interessen verfolgen, bleibe nichts anderes übrig, als mit uns zusammenzugehen, zum besseren Schutz für die Arbeitswilligen, zum Schutz der selbst-ständigen Existenzen, zur möglichen Schaffung neuer Existenzen. Der Redner fand am Schluß seiner Ausführun-gen abermals stürmischen Beifall.

Dann erschien der Kammerherr Herr v. Oldenburg-Januschau auf der Tribüne, mit stürmischen Beifall- und Hochrufen begrüßt. Herr v. Oldenburg-Januschau führte u. a. aus:

„Ich komme mir eigentlich vor wie der alte Zirkuswimmel, der von hier aus ins Wasser springen muß.“

(Weiterlekt.) Für das vergangene Jahr haben wir erhebliche Werte zu buchen, so vor allem die Wiederherstellung der all-gemeinen Dienstpflicht durch die große Heeresvorlage. Was den Wehrbeitrag anbelangt, so kann ich darin nicht etwa das Zeichen einer ungeheuren Opferwilligkeit des deutschen Volkes

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Hand“

Schalter-Haus geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatt-Hand“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 20 Bg. monatlich, 2 — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne „Tagblatt-Hand“. — 2 — vierteljährlich durch alle deutschen Verleger, an denen das „Tagblatt“ in der Provinz abgesetzt wird, in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden: bei den dortigen Verlegern und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden „Tagblatt“-Träger.

Anzeigen-Preis für die Seite: 15 Bg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in der ersten Spalte; 20 Bg. in davon abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Bg. für die auswärtigen Anzeigen; 1 Bg. für lokale Werbeflächen; 5 Bg. für auswärtige Werbeflächen; 10 Bg. für halbe, viertel und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Konten: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr Mittags; für die Morgen-Ausg. bis 9 Uhr nachmittags.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin, Wilmersdorf, Glinkastr. 66, Fernspr.: Amt H 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Anzeigen an verlegereigenen Tagen und Plätzen wird keine Gebühr übernommen.

Dienstag, 17. Februar 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 80. - 62. Jahrgang.

Die Verträge über Kleinasien.

Die deutsch-französische Abmachung über die türkischen Eisenbahnen und Finanzfragen, welche die Form eines Abkommens zwischen der Deutschen Bank (die zugleich die Anatolische und Bagdadbahngesellschaft vertritt) und der Kaiserlichen Ottomanischen Bank hat, ist jetzt, wie gemeldet, im Auswärtigen Amt von den beiderseitigen, also den deutschen und den französischen, Unterhändlern paraphiert worden. Das bedeutet, daß die Unterhändler sich über das Abkommen geeinigt haben, daß es aber noch der Zustimmung der deutschen und der französischen Regierung bedarf, die allerdings als sicher gelten kann. Doch bildet eine weitere Voraussetzung für das Inkrafttreten dieses Abkommens die Einigung beider Parteien mit der türkischen Regierung, worauf aber ebenfalls mit Sicherheit gerechnet wird. Endlich laufen neben diesen deutsch-französischen, deutsch-türkischen und französisch-türkischen Verhandlungen noch die deutsch-englischen, welche nach der vor einigen Tagen abgegebenen Erklärung des Premierministers Asquith ebenfalls dem Abschluß nahe sind.

Was den Inhalt aller dieser Abmachungen betrifft, so werden sie erst offiziell bekannt gegeben werden, nachdem die letzten Formalitäten erledigt sind. Die Grundzüge der verschiedenen Abkommen sind jedoch schon jetzt bekannt. Zunächst verzichtet Frankreich auf die Beteiligung der Regie Générale des Chemins de fer en Anatolie an der Bagdadbahn, die bisher 30 Prozent der Anteile betrug. Die französische Presse tut so, als ob das ein sehr großes Opfer für Frankreich sei, aber es muß beachtet werden, daß der französische Einfluß in der Bagdadbahn ohnehin nicht der Kapitalbeteiligung entsprach. Weiter haben sich Deutschland und Frankreich über den Anschluß der geplanten französischen Schwarze-Meer-Bahn, für die Frankreich im Einverständnis mit Russland die Konzession von der Türkei erhalten hat, an die Bagdadbahn geeinigt. Dieses nordanatolische Bahnen wird die Linien Samsum am Schwarzen Meer-Sivas-Diarbekir-Mardin mit einer nördlichen Abzweigung von Sivas über Erzerum nach Mars umfassen, wo der Anschluß an die russischen Bahnen eintritt. Dieser Einigung zwischen Frankreich und Russland entspricht die bei der Potsdamer Entree von 1910 erfolgte Verständigung zwischen Deutschland und Russland, derzufolge die Bagdadbahn an die von Russland geplante transperische Bahn Anschluß finden wird. Endlich verzichtet Deutschland zugunsten Frankreichs auf jede Beteiligung am Bau von Bahnen in Syrien, das also ganz französische Interessensphäre bleibt. In diesem Punkt soll offen zugegeben werden, daß auf deutscher Seite auch der Standpunkt mitwirkte, daß die Fortführung der Bagdadbahn und ihrer Zweiglinien hinreichend und auf absehbare Zeit in Anspruch genommen sind.

Wenn aber französische wie englische Blätter schon jetzt vor der genauen Bekanntgabe des Inhalts der Abmachungen so tun, als ob die Vorteile hierbei nur auf deutscher Seite lägen, so ist das eine allzu durchsichtige Taktik, als daß man sie ernst nehmen könnte. Sowohl Frankreich wie England haben ganz erhebliche Zugeständnisse erzielt, deren Abwägung im einzelnen natürlich nicht so leicht ist und zum Teil Unsicherheiten bleiben wird, da hier überall Zukunftsmöglichkeiten die Hauptrolle spielen. Jedenfalls eröffnen sich für Frankreich durch die Konzessionen zum Bau und zur Ausnutzung der Häfen am Schwarzen Meer und durch die Hafenkonzessionen für Jaffa, Haifa und Syrisch-Tripolis am Mittelmeer weite Perspektiven. Was ferner England betrifft, so erklärt es sich zwar damit einverstanden, daß die Bagdadbahn bis Basra ausgebaut wird, aber es hat eben kein „bis hier her und nicht weiter“ ausgesprochen. Basra wird der Endpunkt der Bahn bleiben, während die Weiterbeförderung nach Koweit und zum Persischen Golf auf dem Wasserwege erfolgen muß. Die von England übernommene Verpflichtung zum Ausbau des Hafens von Basra ist nur ein sehr mäßiges Pflaster auf die Wunde, um so mehr, da vielleicht die Gefahr vorliegt, daß die englischen Schiffsahrtsgesellschaften auf dem Euphrat und Tigris durch verbilligte Tarife einen Teil des Verkehrs von der Bagdadbahn zu sich hinüberziehen. Es ist bisher noch nichts darüber bekannt geworden, inwieweit die Abmachungen einen Schutz gegen eine solche Konkurrenz von englischer Seite sowie gegen die gleiche Gefahr enthalten, die der Bagdadbahn mit ihren Zweiglinien etwa durch die künftigen französischen Bahnen drohen können.

Diese Fragen werden sich natürlich erst beurteilen lassen, nachdem die Einzelheiten der Abmachungen bekannt gegeben sind. Jedenfalls wird man schon jetzt mit Genugtuung die Tatsache feststellen können, daß die Bagdadbahn ein deutsches Unternehmen bleiben wird, wie andererseits feststeht, daß dies gesamte Bahnunternehmen so günstig angelegt ist, daß sein Aktionsradius die ausdehnungsreichsten Gebiete umfaßt, die größten wirtschaftlichen, ja vielleicht, um das vielfach mißbrauchte Wort anzuwenden, unbegrenzte Möglichkeiten eröffnet. Denn wenn die durch die Bagdadbahn eingeleitete Kulturarbeit in der geplanten Weise fortgesetzt und wenn Deutschland und Frankreich, die hier zum Nebeneinanderarbeiten gezwungen werden, dies in praktischem und nüchternem, das heißt in friedlichem und verständlichem Sinne tun, dann könnte nicht nur Kleinasien das Land der unbegrenzten Möglichkeiten werden, sondern es könnten sich vielleicht auch sonst noch mancherlei bedeutende weltpolitische Möglichkeiten ergeben.

Die Beurteilung in der französischen Presse.

Wb. Paris, 16. Febr. Über das deutsch-französische Abkommen, betreffend die Kleinasienischen Bahnen, schreibt das „Journal des Débats“: Man beobachtet in den hiesigen diplomatischen Kreisen dieselbe Zurückhaltung wie in

Berlin. Zimmerhinz erklärt man, daß Frankreich durch das neue Abkommen keine Rechte, sondern lediglich Hoffnungen aufgibt. Deutschland habe dank seiner Expansionsfähigkeit versucht, sich in der französischen Einflußzone festzusetzen und hätte dies auch vielleicht zuwege gebracht. In Kleinasien seien eben die Wege dünn und unbestimmt, weil die Pforte häufig verschiedenen Ländern dieselben Konzessionen bewilligt habe. Es war also das Beste, sich zu verständigen. Zudem wir den Deutschen eine Zone zuerkannt haben, sichern wir uns die unsrigen, in welcher sie in mehr als einem Punkte sich festsetzen. Am besten war es also, alles in allem genommen, daß man an einer bisher offen gebliebenen Tür einen Kiesel vorgeschoben hat.

Der „Petit Parisien“ schreibt: Sie konnten nur dank der courtoisvollen Beziehungen und dem beiderseitigen guten Willen zum Ziele führen. Vielleicht ist in diesem Abkommen ein Unterpfand der Beruhigung zu erblicken. Es handelt sich da um ein ungeheures Gebiet, dessen Reichtum im Altertum berühmt war, wirtschaftlich zu verwerten. Das deutsch-französische Abkommen erlangt einen besonderen moralischen Wert, wenn man es als einen Teil der gesamten neuen asiatischen Abmachungen betrachtet.

Der „Figaro“ sagt, das gegenwärtige Abkommen bietet für uns eine Liquidation, und zwar eine verspätete und deshalb schlechte Liquidation. Der wesentliche Punkt ist unser Verzicht auf die Bagdadbahn. Nirgends erscheint der Mangel an Folgerichtigkeit und eines zielbewußten Planes deutlicher als in unserer Orientpolitik während der letzten 20 Jahre. Man wird vielleicht einwenden, daß gebietliche Pflichten uns von unserer Orientpolitik ablenken haben, daß wir uns Marokko zuwenden mußten. Dieser Einwand ist nicht stichhaltig, denn schon 1904, als die marokkanische Frage durch die Abmachungen mit England und Spanien in den Vordergrund traten, haben wir im Orient Fehler begangen, deren Folgen sich heute schwer fühlbar machen.

Der „Gaulois“ fragt: Steht die Entschädigung, die wir erhalten, im Verhältnis zu den verlorenen Vorteilen? Darüber ist eine Selbsttäuschung nicht möglich. Die Bahnkonzessionen, die uns erteilt werden, haben im Vergleich zur Bagdadbahn nur eine nebensächliche Bedeutung, aber wir wollten uns gegen die Möglichkeit einer fremden Konkurrenz schützen und wenn das das Ziel der französischen Unterhandlungen war, so kann man sie darum nicht tadeln. Wir haben uns die Vorteile eines Rückzuges gelockert, welchen wir hätten vermeiden können, wenn unsere Diplomatie vor-ausschauend und tatkräftig gewesen wäre.

Der unzufriedene „Temps“.

Wb. Paris, 16. Febr. In einem Leitartikel über das deutsch-französische Abkommen über die Kleinasienischen Bahnen schreibt der „Temps“: Die Grundlagen dieses Abkommens bilden die Aufschaltung Frankreichs aus der Bagdadbahn, also aus dem einzigen großen, transasiatischen Schienenweg. Dieses Ergebnis bildet ein entschiedenes Dementi aller derjenigen Reden, in welchen die französischen Minister seit zwölf Jahren behauptet haben, daß Frankreich an der Lösung dieser Frage teilnehmen werde. Die französischen Unterhändler in Berlin hatten die unankbare Aufgabe, den für uns noch übrigebleibenden Rest halbwegs annehmbar zu gestalten. Jedenfalls bezahlen wir die von dem reichbesteuerten Tisch gefallenen Profanen, die man sonst unentgeltlich erhält, sehr teuer. Lange Jahre beklagenswerter Irrtümer haben uns in diese Lage gebracht. Frankreich, das ausgeschaltet, verringert

Fenilleton.

Cäcilien-Verein.

Ein neues Werk unter einem neuen Dirigenten — das war die Signatur des gestern abend stattfindenden zweiten Konzerts im „Cäcilien-Verein“. Der neue Dirigent ist, wie bekannt, unser Städtischer Musikdirektor Herr Karl Schürich, der (an Stelle des leider erkrankten hochgeschätzten Kapellmeisters K. Rogel) die Leitung des Vereins übernommen und auch dieser Aufgabe seine ganze Kraft weihen. Eine unbegrenzte Energie steht in diesem jungen Künstler und eine Musikbegeisterung, Kraft deren er, mit rücksichtsloser Dreingabe seiner selbst, aller Anstrengungen spottet und über alle Hindernisse hinweg seinen Weg zur Höhe nimmt —! Durch kräftigen Schwung und unweigerliche Beherrschung des Stoffes war auch gestern seine Direktion gekennzeichnet, und der „Cäcilien-Verein“ verrichtete wahre Wundertaten unter seiner Anführung.

Das neue Werk bedurfte solcher Eingabe, denn es erhebt sich weit über Alltägliches: „Eine Reise des Lebens“ von Frederik Delius. Es ist gewiß kein höher Gedanke, wie man den Tod durch feierliche „Reisen“ in der Kunst zu verherrlichen strebt, so auch dem Leben eine feierliche Reise zu weihen. Als Text-Unterlage diente Friedr. Richthofers „Paraphrase“, aus welchem F. Cassirer geeignete Abschnitte für die Komposition auswählte. In der Hauptpartie wurden die beiden „Liedlieder“, das „Nachlied“, die „Alten und Reuen Tafeln“ und das „trunkene Lied“ benutzt und möglichst geschickt auf Chor und Soli verteilt. Die Hauptpartie hat der Bariton, dem alle Auslassungen Paraphrasen von mehr persönlicher Natur zugehört sind. Das „Spiel des Lebens“ steht sich in diesem Werk nicht gerade sehr „heiter“ an. Der leichtfertigeren Inhalt hat trotz aller verführten

Lebensfreude wenig Dazubefreiendes; doch die glänzenden oder oft nur blendenden dichterischen Worte wird niemand leugnen: sie konnten zum Teil sehr wohl die musikalische Phantasie anregen.

Daß der Komponist Fred. Delius durchaus auf modernem Boden steht, wissen wir schon aus seinen hier aufgeführten Orchesterwerken „Brigg-fair“ und „Lebenslang“; doch sind diese verhältnismäßig einfach gegen die „Lebensreise“, mit welcher sich Delius als ein Vertreter des modernsten musikalischen Impressionismus bezieht. In einem Geleitwort zu seinem neuen Werk sagt er selbst: „Meine Idee war einfach, die Stimmung wiederzugeben; der bloße Klang ohne die musikalische Farbe des Gesanges gibt keine Vorstellung von meiner Musik: ich bin zunächst und vor allem kolorist.“ Dies Selbstbekenntnis des Komponisten ist zugleich die beste Kritik seines Werkes. Gewiß, der „Klang“ gibt keine Vorstellung von dieser Musik, welche alle Merkmale hypermoderner Kunst an sich trägt. Allemwohl: trifft man auf keinen reinen Dreiklang mehr; überall schwebende Formen, freie Verwebung mehr oder minder melodischer Motive, — wobei der Komponist eine reiche, erfinderische Phantasie beibringt. Statt einheitlicher Tonalität eine oft befremdende Dissonanzreiche Chromatik und Enharmonik; die allgemeine Oberflächigkeit unserer Zeit verleiht ja in diesem Punkte Häßlichkeit; demgegenüber ist es denn schon erfreulich, daß Delius sich vor allzu brutalen Klangreizungen fernhält: es ist sein Geheimnis, wie er auch scharfe harmonische Wurzeln zu mildern, gleichwie in ein milchiges Dämmerlicht zu hüllen versteht; er ist ein Meister in der Kunst der klanglichen Synthese: die wirkungsvollere und raffinierte Behandlung des Orchesters ist zu bewundern. Gegen diese instrumentale Feinheit fällt das gesungene Element etwas ab: hier vermißt man doch schmerzhaft eine mehr weltgeschwungene Dichtung. In den „Liedliedern“, wo der Chor auf die Natur

laute Salala zu singen hat, verdrängen sich die Motive bisweilen zu ganz seltsamen, fast an die „Nigger-Songs“ gemahnenden melodischen Weisen: es sind die erotischen Farben auf der Palette des Komponisten. Im Grunde stellt sich das Werk als eine idyllische Gartenfestsinfonie dar: der Kolorist bleibt Sieger. Er weicht mit allen jenen modernen Kunstmitteln in der Tat jede Stimmung bis in ihre leisesten Regungen und zartesten Ausdrucksformen zu verdeutlichen. Und hier sind es nicht nur Stimmungen der Seele, sondern auch Stimmungen der Natur, gleichsam „landschaftliche Stimmungen“ — die Heimlichkeit des bunten Grottes, die Abendstille des Waldes, der heiße Mittag — welche Delius mit Geist zu vertonen, durch den Ton zu vergeistigen strebt. Bleibt nur zu bedauern, daß dabei die melodischen, elegischen, träumerischen oder grüblerischen Stimmungen in dieser „Lebensreise“ frei nach Rhapsodie so vielfach überwiegen. Auf die Dauer — von 13 Nummern nehmen nur zwei oder drei einen herzhafteren Aufschwung — wird dadurch eine gewisse abmattende Gleichförmigkeit im Charakter der Musik erzeugt. Am eindrucksvollsten haben sich hervor: das „Liedlied“ mit dem ruhewollen Adagio „O Paraphrase, jenseit von Gut und Böse“; dann vor allem das ganz wunderbar beruhigende „Heiter Mittag“ — mit dem ephorischen Sopran solo „Sein Glück lacht“. Und aus dem zweiten Teil der hundert ausgreifende Chor „Heraus, nun heraus!“, das tiefempfundene „Nachlied“, und endlich die Schlussszene mit dem feierlichen Ernst der „Mitternacht“ — wohl das Gediegenste und innerlich Tiefgründlichste, was dieses so merkwürdige und im einzelnen so interessante Werk uns bietet!

Die Schwierigkeiten für die Ausführung sind enorm. Das Orchester hat den ganzen Pomp moderner Virtuosität zu entfalten; hier leistet die Kapelle die Hervorragenden, das an technischer Arbeit und klanglicher Feinheit, Mannig-

meistert und Chef der 5. Eskadron angehört, hatte gestern Abend ein Abschiedsfest für den scheidenden Regimentskommandanten veranstaltet. Nach Tisch wollte der Prinz noch kurze Zeit unter der Mannschaft seiner Eskadron.

Konteradmiral v. D. v. Bresow ist Samstag, den 14. Febr., in Kiel gestorben. Er trat 1875 in den Dienst der Marine und hat ihr 38 Jahre, zuletzt als Marinekommissar des Kaiser-Wilhelm-Kanals, angehört.

Eine Gedächtnisfeier. Die Überlebenden der „Brandenburg“-Katastrophe vom 16. Februar 1894, bei der 41 Personen das Leben einbüßten, trafen in Kiel aus dem Reich zusammen und veranstalteten eine Gedächtnisfeier auf dem Marinefriedhof. Auf dem Massengrab der Kameraden legten sie Kränze nieder. (Das Unglück, von dem hier die Rede ist, ereignete sich am 16. Februar 1894 zwischen 12 und 1 Uhr mittags, 3 Meilen vor Väst auf der Abnahmefahrt des Dampfschiffes „Brandenburg“). Die sämtlichen zwölf Kessel des Schiffes waren in Betrieb, die Maschinen arbeiteten mit etwa 7000 PK. Das Unglück entstand durch Lockereisen der Befestigung des Dampfboilers der Steuerbordmaschine. Dadurch wurde dem Dampf aus sämtlichen Kesseln der Weg in den mit Menschen angefüllten Maschinenraum freigegeben. Er verbreitete sich dort sofort, alles bedrohend, was er an lebenden Wesen vorfand, drang durch die offene Verbindungstür in den Nachbordmaschinenraum, durch die Niedergangsstufen in die darüber liegenden Räume für die elektrischen Maschinen, in die Destillierapparate und Vorräte, sein Vernichtungswerk fortsetzend. Fast sämtliche in diesen Räumen Anwesenden mußten einem augenblicklichen Tode verfallen gewesen sein, denn der ausströmende Dampf hatte eine Temperatur von etwa 180 Grad.)

Das deutsche Geschwader in Rio de Janeiro. Das deutsche atlantische Geschwader, begleitet von den brasilianischen Panzerschiffen „Deodoro“ und „Marshall Floriano“, ist im Hafen von Rio de Janeiro eingelaufen. Es wurde von zahlreichen Motorbooten, die von Angehörigen der deutschen Kolonie besetzt waren, erwartet. Am Hafen hatte sich eine große Volksmenge eingefunden. Die Schiffe wurden zum Besuch freigegeben. Der Kommandant des begleitenden brasilianischen Geschwaders besuchte den Konteradmiral v. Rebeur-Paschwitz an Bord des „Kaiser“.

Ausland.

Schweiz.

Stiffler wegen Spionage verhaftet. Genf, 16. Febr. Wie aus Chamoni gemeldet, wurde in dem italienischen Grenzort Courmayeur eine Gesellschaft von Stifflern als Spione verhaftet. Die Gesellschaft hatte unter Führung des deutschen Unterführers Ravenel den Col du Bonhomme überschritten. In Courmayeur angekommen, wurden sie festgenommen und in einem Hotel unter strenger Bewachung interniert. Ravenel wurde in Militärarrest gebracht. Der Vermittlung eines Bergführers gelang es, am nächsten Morgen die Freilassung der Stiffler zu erwirken.

Frankreich.

Engere Kollaboration im Dreierverband. Paris, 16. Febr. Nach einer aus London datierten, sichtlich offiziellen Meldung hat der russische Minister des Äußern Gijasonow der englischen Regierung den Vorschlag gemacht, daß alle die Triple-Entente interessierenden Fragen in London zum Gegenstand vorheriger Prüfung zwischen Sir Edward Grey, dem russischen Vizekonsul Benckendorff und dem französischen Vizekonsul Paul Cambon gemacht werden. Der Zweck dieses Vorschlages sei, der Diplomatie der Triple-Entente-Mächte eine engere Kollaboration und eine raschere Aktion als bisher zu ermöglichen.

Militärreformen. Paris, 16. Febr. Kriegsminister Rouleux hat in der Kammer einen Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung der Cadres und der Mannschaftebestände der verschiedenen Waffengattungen vorgelegt. Demnach werden zwei neue Regimenter der berittenen Chasseurs d'Afrique und andere errichtet und in allen Kavallerie-Regimenten des Mutterlandes die Zahl der Mannschaften auf je 740 Reiter und die Zahl der Pferde auf 770 erhöht werden. Diese Maßnahmen, so führt der Motivenbericht aus, werden es gestatten, die Kavallerie in einigen Stunden und ausschließlich auf Grund ihrer eigenen Hilfsmittel zu mobilisieren. Ferner soll die Artillerie der zehn Kavalleriedivisionen auf je 3 Batterien erhöht werden, was die Errichtung von 14 berittenen Batterien zur Folge haben werde. Weiter sollen fünf Regimenter schwerer Artillerie errichtet werden. Den Artillerie-Regimenten werde überdies eine gewisse Anzahl von Automobilen zugeteilt werden, welche zur Beschleunigung der Luftschiffe und der Flugzeuge ausgerüstet werden sollen. Was die Infanterie anlangt, so sollten u. a. zwei neue Zouaven-Regimenter errichtet werden.

Ein Zusammenstoß von Torpedobooten. Toulon, 17. Febr. Heute nacht ist beim Manövrieren das Torpedoboot „Boissard“ von dem Torpedoboot „Tantassin“ im Golf von Juan gerammt worden. Beide Torpedobooten trugen ziemlich schwere Schäden davon und mußten ins Dock geschleppt werden.

Ein gepanzerter Eindecker. Paris, 16. Febr. Eine Kommission beauftragte unter Führung des Leiters des Militärflugwesens, General Bernard, auf dem Flugfeld von Paris einen gepanzerten Eindecker, welcher mit einem Maschinengewehr ausgestattet ist und zur Beschleunigung von Luftschiffen dienen soll.

Rußland.

Großfürst Konstantin „Der König der Juden“. Petersburg, 17. Febr. Vor etwa einem Monat ließ Großfürst Konstantin im privaten Kreise sein Schauspiel „Der König der Juden“ aufführen. Das Schauspiel hatte solchen Erfolg, daß der Großfürst beabsichtigte, es in einem Theater Petersburgs aufzuführen zu lassen. Genüß politische Kreise, namentlich solche der rechtsstehenden Parteien, bieten ihren ganzen Einfluß auf, um die Aufführung des Stückes zu verhindern, da sie die Tendenz des Stückes nicht für

orthodox genug halten. Gestern begab sich eine Abordnung nationalistischer Deputierter zum Großfürsten von Wladimir und bat ihn, seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, um den Heiligen Synod zum Verbot der Aufführung zu bewegen.

Die Korruption in der Petersburger Schraube. Petersburg, 16. Febr. Als ein Nest unglaublicher Korruption hat sich nach einer unvermutet vorgenommenen Revision die Heilige Schraube herausgestellt. Die Beamten haben ihre Macht nur dazu gebraucht, Erpressungen zu verüben und Schmiergelder zu erhalten. 239 Schutleute der Schraube wurden aus dem Dienst entlassen. Eine große Anzahl anderer Beamter wird auf dem Verwaltungsweg bestraft werden.

Italien.

Zum Ursprung des Tripoliskrieges. Rom, 16. Febr. Die „Agenzia Stefani“ meldet: Einige Zeitungen brachten Gerüchte, die auch im Parlament ein Echo fanden, wonach Deutschland 1911 beabsichtigt gewesen sei, in Libyen politisch selbständig vorzugehen. Diese Nachrichten enthalten jeder Grundlage, weil das Vorgehen Deutschlands vor, während und nach dem Kriege in Libyen in nichts Italien gegenüber hätte loyalere und freundschaftlicher sein können. (Vergl. letzte Drahtberichte.)

Schweden.

Das neue Kabinett. Stockholm, 16. Febr. „Dagens Nyheter“ und „Svenska Dagbladet“ enthalten die Ministerliste, die dem Vernehmen nach vom Landeshauptmann Hammarström vorgelegt und vom Könige genehmigt worden sei. Die Liste enthält folgende Namen: Landeshauptmann Hammarström, Ministerpräsident und Kriegsminister, Bankdirektor Wallenberg, Minister des Äußern, Obergerichtspräsident Haffner, Justizminister, Fabrikbesitzer Sannersten, Finanzminister, Landeshauptmann v. Sydow, Minister des Innern, Professor Westman, Kultusminister, Schiffreederei van Groenou, Marineminister, Quisbeger, Freiherr J. v. Friis, Ackerbauminister, die Expeditionschefs Stenberg und Linner sowie Oberst Mörde, Minister ohne Portfeuille. Von offizieller Seite wird diese Liste heute weder bestätigt noch dementiert. Sicherem Vernehmen nach wird das neue Ministerium morgen ernannt werden.

Mittelamerika.

Weitere Siege der Rebellen auf Haiti. New York, 16. Febr. Eine Depesche aus Kap-Haitien meldet, daß die Truppen des Präsidenten Jamor gestern die dem Senator Theodore anhängenden Rebellen in zwei Gefechten bei Plaisance und Port de Paix im Norden Haitis in die Flucht geschlagen haben.

Japan.

Zum Tode des Bismarck. Berlin, 16. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ widmet dem verstorbenen Staatsmann folgenden Nachruf: Bismarck ist einer der bedeutendsten Staatsmänner des neuen Japans gewesen, dessen auswärtige Politik in ihm einen hervorragenden und erfolgreichen Vertreter und Leiter hatte. Besonders eng waren seine dienstlichen und persönlichen Beziehungen zu Deutschland. Wiederholt ist er japanischer Gesandter in Berlin gewesen, nachdem er sich vorher schon als Legationssekretär an diesem Hofe betätigt hatte. 1875 vermählte er sich mit der Baronin von Rhaden und blieb dann noch zehn Jahre in Berlin, bis er in das Ministerium nach Tokio berufen wurde. Wenige Jahre später ging er nach Berlin zurück, wo er seine Bemühungen, dem deutschen Einfluß in dem aufstrebenden Japan die ihm gebührende Geltung zu sichern, fortsetzte. Nachdem er dann in seiner Heimat wieder verschiedene Ministerposten bekleidet hatte, übernahm er die Botschaft in Washington. Seine persönlichen Beziehungen zu Deutschland erhielten eine weitere Bereicherung durch die Vermählung seiner Tochter Hilla mit dem Grafen von Haffeldt, der damals Legationssekretär an der deutschen Gesandtschaft in Tokio war. So gilt die Trauer über sein Hinscheiden nicht nur dem verdienten Staatsmann, sondern auch dem bewährten Freunde Deutschlands.

Zum Bestechungsfall. R. Tokio, 16. Febr. Im Oberhaus hat der Marineminister bekannt gegeben, daß Admiral Fuji und Kapitän Sawafko wegen Beteiligung an der Bestechungsangelegenheit vor das Kriegsgericht gestellt würden. Auf die Anfrage, warum der Premierminister und der Marineminister nicht demissionierten, erklärte der Premierminister, daß man das Ergebnis der kriegsgerichtlichen Verhandlung abwarten wolle. Zurzeit stehe noch nicht fest, ob es sich um Korruption allgemein oder ob es sich um einen Einzelfall handle.

Australien.

Fleischmangel und Hungersnot. Sydney, 16. Febr. Infolge des Ausbruchs der Schlächterfellen in der Stadt und den Vorstädten sind die Schlächter ohne Fleischwaren. Eine Hungersnot hat begonnen. Die Restaurants sind nicht imstande, sich frisches Fleisch zu beschaffen. — Melbourne, 16. Febr. Zweihundert Schlächter haben in den Schlachthäusern der Stadt Melbourne die Arbeit niedergelegt. Man macht sich am 17. Februar mit einem ernstlichen Fleischmangel in Melbourne gefaßt.

Luftfahrt.

Eine prinzipielle Fliegerprüfung.

Berlin, 17. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Eine Herren-Fliegerprüfung beabsichtigt jetzt Prinz Friedrich Sigismund von Preußen seiner Flugzeugfabrik anzuschließen. Der Prinz entscheidet sich mehr und mehr zum Flugzeugindustrie. Er hat beabsichtigt den tüchtigen Stiefwatter als Fluglehrer engagiert. Der aus Schweden stammende Ingenieur R. Forsmann ist vom Prinzen als technischer Beirat angestellt.

Die letzte Probefahrt des „J. 7“ unter Graf Zeppelin. Berlin, 17. Febr. Am die letzte Probefahrt des für die Militärverwaltung bestimmten „J. 7“ persönlich zu steuern, trat gestern Graf Zeppelin in Potsdam ein. Gegen 3½ Uhr

bestieg er die Führergondel. Der „J. 7“ erreichte in 17 Minuten Berlin. Hier ließ der Graf das Luftschiff seine Schleifen ziehen, wobei es Höhen von 1200 bis 1500 Meter innehatte. Auf der Rückfahrt nach Potsdam wurde der Wamsee in etwa 2000 Meter Höhe überflogen.

Ein englisches Urteil über deutsches Flugwesen. London, 16. Febr. Die „Daily Mail“ lenkt die Aufmerksamkeit auf die großen Fortschritte, die Deutschland im Flugwesen gemacht hat. Während noch vor wenigen Monaten Frankreich den Vorrang hatte, sei jetzt jeder Refektor von militärischer Bedeutung in deutschen Händen. Den Hauptgrund für diese Leistungen sieht das Blatt in der außerordentlichen Zuverlässigkeit der deutschen Maschinen, denen bisher weder in Frankreich noch in England Gleichwertiges an die Seite zu stellen sei.

Todesfall eines amerikanischen Offizierfliegers. New York, 16. Febr. In Pensacola (Florida) stürzte Leutnant Murray vom Fliegerkorps der Marine mit seinem Aeroplan aus einer Höhe von 800 Fuß ab und ertrank in der Wucht.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— Todesfall. Gestern früh entschlief nach längerem Leiden der Königl. Baurat Johann Heinrich, genannt Georg Schaeper, der seit einer Reihe von Jahren im Ruhestand hier ansässig war, im 87. Lebensjahre.

— Professor Dr. v. Mises über deutsches und französisches Flugwesen. In einer gemeinschaftlichen Sitzung des „Mittelrheinischen Vereins für Luftfahrt“ mit dem „Verein deutscher Ingenieure“ hielt Professor Dr. v. Mises aus Straßburg einen Vortrag über „Deutsches und französisches Flugwesen“. Der Redner führte ungefähr aus: Mehr als auf anderen Gebieten der Technik ist das Flugwesen stark national differenziert. Die Franzosen verbannten ihren Vorrang hauptsächlich dem Umstand, daß die Gebrüder Wright sich dort niederließen, ein Instanz, welcher den dort schon im Gange befindlichen Versuchen einen außerordentlichen Aufschwung gab. Sie zeigen in jeder Hinsicht charakteristisch und deutlich ausgeprägte Unterschiede in den Typen der Flugzeuge und Motoren gegenüber den deutschen. Den weithin berühmten Erfolgen der französischen Flieger in Höhen-, Geschwindigkeits- und Stundentorden stehen allerdings heute schon nennenswerte und vielfach gleichwertige Leistungen auf deutscher Seite gegenüber, die besonders dadurch gekennzeichnet sind, daß fast alle Rekorde mit hohen Belastungen auf deutscher Seite sind. Auch die Dauerrekorde von Stöffler, Langer und Ingold dürften sobald von den Franzosen nicht überboten werden. Unter den deutschen Flugzeugen ist nur die Taube von der französischen Schule gänzlich unabhängig. In der Taube und den modernen Doppeldeckern, deren Apparat von der Luftverkehrs-Gesellschaft neu entwickelt wurde, besitzen die Deutschen vorzügliche Apparate, mit denen große Leistungen möglich sind und auch dank den endlich betrieblicher hergestellten Motoren ausgeführt werden. Aber unabweislich ist die Forderung nach anderen Flugzeugtypen, welche für militärische Verwendung oder sportliche Zwecke große Dienste leisten werden, und für deren Konstruktion der leichte französische Rotationsmotor Voraussetzung ist. Ist doch der Gewichtsvorteil selbst unter Berücksichtigung des höheren Benzin- und Ölverbrauchs der Rotationsmotoren bei den normalen Flugzeugen noch so erheblich, daß die Konstruktion des ganzen Flugzeugs durch den schweren Motor beherrscht wird. Insbesondere wird durch die bei den schweren Motoren erforderliche vorbereitende Schraubenanordnung die Aussicht verkleinert und der Gebrauch von Schusswaffen erschwert. Darin, daß die deutsche Industrie bisher noch keinen brauchbaren Rotationsmotor hervorgebracht hat, liegt der größte Mangel, an dem unser Flugwesen leidet. Der Grund hierfür ist in der vollständigen Zurückhaltung des Kapitals zu suchen, die ihrerseits wieder eine Folge der leider noch zu geringen Popularität des Flugwezens ist. Es wäre daher sehr erwünscht, wenn durch einen energischen Aufschwung der öffentlichen Meinung die Verhältnisse in dieser Richtung gebessert werden könnten.

— Aus dem Jahresbericht der Tischler-Zwangsunion. Eine an den Magistrat gerichtete Eingabe, betreffend die Erhöhung des Stundenlohns für die städtischen Arbeiter, hatte den Erfolg, daß eine Erhöhung desselben auf 85 Pf. zugestanden wurde. Auf Grund einer gemeinsamen Beratung der mittelrheinischen Schreiner-Zünfte und Vereinigungen ist an die Militärverwaltung in Frankfurt ebenfalls das Ersuchen um Erhöhung der Stundenlöhne gerichtet worden, und es wurde dem Ersuchen entsprochen unter der Voraussetzung, daß auch die Stadtverwaltungen die höheren Preise bezahlen. Über die Festsetzung von Normalpreisen wird noch verhandelt. Es ist Aussicht dafür vorhanden, daß von den Zünften u. a. vereinbarte Preise bei der Vergabe von Arbeiten durch die Militärbaubehörde zugrunde gelegt werden. Die allgemeine Geschäftslage hat sich nicht gebessert, eher verschlechtert. Da die private Bautätigkeit auch im laufenden Jahre keinen Aufschwung nehmen wird, so ist an vermehrte Arbeitsgelegenheit nicht zu denken. Von der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises, wie er vom hiesigen Arbeitsamt angeregt ist, soll bereits noch abgesehen werden. Der Zeichenunterricht in der Gewerbechule soll demnach in die Woche verlegt werden. Bei Gelegenheit einer Besprechung der Angelegenheit waren alle Beteiligten mit Ausnahme von einem der Meinung, daß der Unterricht recht wohl abends von 8 bis 10 Uhr stattfinden könne, weil dem aber gezielte Bestimmungen entgegenstehen, sollen die Stunden von 6 bis 8 Uhr in Voranschlag gebracht werden. Im März werden die laufenden Schreinerarbeiten der Zunft übertragen, welche dieselben nach einem festgelegten Turnus an die auf dieselben Anspruch erhebenden Mitglieder vergibt. Am Platz soll versucht werden, einen gleichen Modus einzuführen.

— Seeberrliche August- und Minchen-Stiftung. Die diesjährige Hauptversammlung der Seeberrlichen August- und Minchen-Stiftung fand hier unter dem Vorsitz des Oberforstmeisters Dandemann statt. Nach dem Rechenschaftsbericht, den Regierungsrat Wiesborn über das abgelaufene Jahr erstattete, betragen die Einnahmen aus Kapitalvermögen 3229 M. 34 Pf., dazu kommt der vorhandene Bestand von 2893 M. 26 Pf., so daß die Gesamteinnahmen sich auf 6122 M. 60 Pf. stellen, denen an Ausgaben 3195 M. 70 Pf. gegenüberstehen. Der sich daraus ergebende Bestand ist auf 2926 M. 90 Pf. berechnet. Von letzterer Summe werden als Unterstüßungen für 1914 2200 M. in 26 Fälligkeiten zur Verteilung vorgeschlagen und soll der Rest je nach dem Bedarf zur Vermehrung des Stiftungskapitals verwendet werden. Das

Stiftungsvermögen betrug am Ende des Jahres 1913 53 000 M. An Unterhaltungen sind seit dem Bestehen der Stiftung — seit 1881 — im ganzen in 707 Fällen 53 115 M. an Kinder von Hoffschützbeamten im Regierungsbezirk Wiesbaden als Beihilfen zu den Kosten ihrer Ausbildung für einen Lebensberuf gewährt worden. Die Verwaltung genehmigte die vorgeschlagenen Unterhaltungen für 1914 und wählte den stellvertretenden Vorsitzenden, Geheimen Regierungs- und Fortifikationsrat, und die Beisitzer: Förster Mehl (Dahheim) und Förster Budde (Schwanheim a. M.) wieder.

— **Steigende Kartoffelpreise.** Die Kartoffelpreise sind in den letzten Tagen außerordentlich stark in die Höhe gegangen und dürften infolge der großen Nachfrage noch weiter steigen. Wie aus landwirtschaftlichen Kreisen mitgeteilt wird, hängt diese Aufwärtsbewegung mit beträchtlichen Aufkäufen zusammen, die seit kurzem vom Ausland, besonders Frankreich, vorgenommen werden. Auch der wochenlange Frost hat in ziemlichem Maße preissteigernd gewirkt. Im übrigen verfügen diese Landwirte noch über bedeutende Vorräte; die sie im letzten Herbst nicht abzugeben in der Lage waren.

— **Gottesdienste für erwachsene Taubstumme.** Die nächsten Gottesdienste für erwachsene Taubstumme sollen stattfinden: Am Sonntag, den 15. März, in Camberg in der Kirche vormittags 11 Uhr, verbunden mit der Feier des heiligen Abendmahls, durch Pfarrer Kaiser daselbst, und am Sonntag, den 20. März, in Verborn im Chor der Kirche im Anschluß an den Vormittagsgottesdienst 11½ Uhr, verbunden mit der Feier des heiligen Abendmahls, durch Pfarrer Ernst zu Kiste. Auch im Konfirmandensaal der Lutherkirche zu Wiesbaden wird demnächst an einem noch nicht näher bezeichneten Sonntag ein mit der Feier des heiligen Abendmahls verbundener Gottesdienst für Taubstumme stattfinden. Amtierender Geistlicher wird Pfarrer Waltherr zu Gredenheim sein.

— **Nachnahme-Schwindel.** Verschiedene hiesige Geschäftleute erhielten in den letzten Tagen von einer Hamburger Kolonialwaren-Engros-Firma Postaufträge über angebliche Reistforderungen zur Einlösung übermitteln. Es handelte sich meist um Beträge von 30 bis 50 M. Anfragen bei der Hamburger Firma ergaben, daß diese nicht die Absenderin war. Es handelt sich also um einen Schwindel, der zur polizeilichen Anzeige gebracht wurde.

— **Freundenverkehr.** Im „Hotel Adler Badhaus“ sind eingetroffen: Frau Generalleutnant v. Götberg, geb. von Meißel, aus Wilmshausen und General von Bogdanoff und Gattin aus Dorpat (Rußland).

— **Tagblatt-Sammlungen.** Dem Tagblatt-Verlag gingen zu: Für Prüßland für Schulförder: als Strafzettel von zwei Mädchen „Hotel Imperial“ 5.70 M.

— **Kleine Notizen.** Wegen der Abschlüsse des Ehepaars Demmin teilt Frau Anna Weide, Weinbergstraße 31, und mit, daß dieselben bestimmt in zwei kleinen Blockbüchern in dem Gedächtnis bei Demminshof aufbewahrt seien. In der Nacht vom Sonntag auf Montag wurden aus einem Garten rechts der oberen Dogheimer Straße drei Stallbasen (ein schwarzer und zwei grau) gestohlen.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* **Königliche Schauspiele.** Heute gelangt „Mignon“ (Abonnement A). Für morgen (Abonnement B) ist eine Wiederholung von „Der beliebte Operette“ „Cora“ in der bekannten Besetzung festgesetzt worden, während am Donnerstag im Abonnement D „Mignon“ mit Frau Meißel in der Titelrolle, Frau Meißel als „Mignon“, und den Herren Götter (Hörig), Götter (Hörig), Götter (Hörig), Götter (Hörig) in Szene geht. Die nächste Aufführung der Operette „Polenblut“ findet am Samstag bei aufgegebenem Abonnement statt.

* **Konzert.** Das Evangelische Konfessionstheater veranstaltet Mittwoch um 8½ Uhr im kleinen Saale des „Bathhaus“ eine Kammermusik-Aufführung von Schiller, die von der Oberleitung. Zum Vortrag gelangen: ein Klavier-Trio (G-Dur) und eine Sonate (Moll) von Beethoven sowie Lieber von Wien.

* **Vorträge.** Der 6. (letzte) der fremdsprachlichen Vorträge des diesjährigen Zyklos findet Mittwoch, 5½ Uhr, im Saale der Oberrealschule (Zielerstraße) statt. Dr. Bernard aus Manchester wird eine „Revelation“ geben: „Scenes and stories, retold and depicted by dramatic exposition“.

Der zweite Volksvortrag, der am nächsten Freitag, 8½ Uhr, ebenfalls im Saale der hiesigen Oberrealschule (Zielerstraße) stattfinden soll, wird den „Neben der Nützlichkeit“ für die Bekämpfung der inneren Organe zum Gegenstand haben.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Aus der Schierkeiner Gemeindevertretung.

Hw. Schierke, 16. Febr. In der heute abend unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Schmidt stattgefundenen Gemeindevorstandssitzung waren 2 Schöffen und 14 Vertreter anwesend. Zunächst erfolgte die Festsetzung des Haushaltsvoranschlags für das Rechnungsjahr 1914. Der vom Gemeindevorstand und einer gewählten Kommission aufgestellte Voranschlag veranschlagt eine Einnahme von 173 675 M., eine Ausgabe von 173 675 M., mithin eine Überschneidung von 5077 M. Vorzulegen ist dabei eine Erhöhung des Zuschlags zur Einkommensteuer um 10 Proz., da eine anderweitige Deckung des Defizits unmöglich ist. Der Vorsitzende verliest ein Verbot des hiesigen Bürgervereins, in welchem dieser bittet, von der Vorname einer Steuererhöhung abzusehen, und zwar mit der Begründung, daß der Defizit wegen erfolgloser Steuererhöhungen infolge der Vermögensverhältnisse zum Defizit beigetragen worden würde. Nachdem der Vorsitzende eine Verurteilung dieser Ansicht bezeugt und Gemeindevorstand Dr. Baurthal eine Erhöhung der Einkommen- und der Realsteuern um je 5 Proz. vorgeschlagen hat, schreitet man zur Abstimmung. Mit 10 gegen 6 Stimmen wird eine Erhöhung der Einkommensteuer um 10 Proz. beschlossen. Es folgen die Beschlüsse für die Folge: 140 Proz. zur Einkommensteuer, 180 Proz. zur Grund-, Gewerbe- und Gewerbesteuer, sowie 100 Proz. zur Betriebssteuer. Sodann lag vor die Genehmigung eines von der hiesigen Wasserwerkverwaltung in Sinsendal aufgestellten Bodentopograph. Es handelt sich um Verpachtung des zur Anlage des Grundbesitzes erforderlichen Teiles der Reibersgasse. Der jährliche Mietpreis beträgt 100 M. Einige von der Wasserwerkverwaltung gestellte weitere Bedingungen wurden genehmigt und der Abschluß des Vertrages genehmigt. Auf Antrag des Rats, Konfirmations wurde beschlossen, daß Organikenamt in der hiesigen evangelischen Kirche in dauernde Verbindung mit einer Seelsorge zu bringen. Bei der letzten Volksversammlung im Gemeindevorstand wurde bei der Wahl der Kommission ein Verbot von 3287 M. erteilt. Die Verurteilung wurde genehmigt. Am Schluß des Beschlusses noch ein Schreiben der Rheinisch-Westfälischen Eisenwerke, in welchem diese bitten, das ihnen einmündig erteilte Recht zum Betreiben elektrischer Leitungen statt um 10 auf 12 Jahre (ab 1. August 1912 bis 1. August 1924) zu verlängern. Als Gegenleistung soll der Strompreis pro Kilowattstunde von 1. Februar 1914, anfangs um 1. Januar 1915 ab um 45 auf 40 Pf. herabgesetzt werden. Der Verlängerung wird zugestimmt.

SS Gredenheim, 16. Febr. Unsere Gemeindevorstandsstelle ist neu zu besetzen. Bewerber haben ihre Meldungen bis zum 18. d. M. auf hiesige Bürgermeisterei einzulegen.

— **Kommenden Freitag, den 20. d. M., abends 8 Uhr, hält der „Haus- und Grundbesitzerverein“ im Gasthaus „Zum Schwanen“ (Besitzer Heinrich Meißel) eine Generalversammlung ab. Nachdem Vorstandsvorsitzender Schräder (Wiesbaden) einen Vortrag über die „Krankheitenversicherung“ gehalten haben wird, erfolgt eine Besprechung über die bevorstehenden Gemeindevorstände. — Morgen hält die Ortsgruppe Gredenheim des „Vereins Milchproduzenten Landwirte von Wiesbaden und Umgegend“ seine Jahresversammlung im „Engel“ ab. Nach den Rechenschaftsberichten erfolgt die Neuwahl des Vorstandes, eines Vertrauensmannes und dessen Stellvertreter.**

— **st. Jastadt, 16. Febr.** Der hiesige „Krieger- und Militärverein“ hielt in der „Schönen Aussicht“ seine Jahresversammlung ab, die gut besucht war. Der Vorsitzende, Bürgermeister Kleinhardt, leitete die Versammlung. Bei der Vorstandswahl wurden sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Die Kaisergeburtstagsfeier wurde am 27. Januar im engeren Kreise abgehalten. Demzufolge plant der Verein, am Sonntag, den 1. März, nach einer Kaisergeburtstags-Nachfeier zu veranstalten. Das Interesse an den Schießübungen auf dem Vereinschießstand im Gemeindevorstand, entgegen dem Vorjahr, zu wünschen übrig.

— **Frauenstein, 15. Febr.** Der auch in weiteren Kreisen bekannte Burghart Sinz, Besitzer des Gasthauses zur „Burg Frauenstein“, ist heute morgen nach längerem Leiden gestorben. Er hat ein Alter von etwa 70 Jahren erreicht.

Nassauische Nachrichten.

— **Limburg, 16. Febr.** Die Eheleute Königl. Eisenbahnwerkmeister a. D. Hermann Kölges und Frau feiern am 22. d. M. die goldene Hochzeit. Herr Kölges ist 80, seine Gattin 78 Jahre alt.

— **Serboren, 16. Febr.** Der Lehrer a. D. A. Vech hier selbst ist im 78. Lebensjahr gestorben. Er war aus dem hiesigen Amt gebürtig, kam zuerst in Siedenroth, Rodenburg und Oberfeld und dann bis 1906 an der hiesigen Volksschule. 1905 feierte er sein 50jähriges Dienstjubiläum.

Aus der Umgebung.

Traurige Folgen der Arbeitslosigkeit.

Kassel, 17. Febr. (Fig. Drahtbericht) Infolge längerer Arbeitslosigkeit wurde der Schmierfranke in Volkmarshausen schwer erkrankt. In diesem Zustand überfiel er heute seine Frau und drei Kinder und verletzte sie mit Viehstichen schwer. Zwei Kinder sind bereits gestorben, darunter ein Säugling von 3 Monaten. Der Mann wurde verhaftet.

Gerichtssaal.

ht. Schwere Strafe für einen Schwindler. Frankfurt a. M., 16. Februar. Der 46jährige, aus Berlin gebürtige Kaufmann Otto Ernst Friedrich bereifte von Juni 1912 innerhalb 4 Monate ganz Deutschland und besuchte nicht weniger als 22 Großstädte, wo er meist von seiner früheren Tätigkeit als Reisender her ihm bekannte reiche Damen aufsuchte und sich als Kassenbote des „Waterschützigen Frauenvereins“ ausgab und Gelder erschwindelte.

In Süddeutschland wurde Friedrich verhaftet und in Marzburg zu 1½ Jahren Zuchthaus und später in Leipzig zu ebenfalls 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Revision gegen die beiden Urteile wurde verworfen. Vor der hiesigen Strafkammer wurde er heute unter Anrechnung der in Karlsruhe und Leipzig verhängten Strafen zu einer Gesamtstrafe von 3 Jahren 8 Monaten Zuchthaus und 8800 Mark Geldstrafe verurteilt.

ht. Rosa Luxemburg vor dem Strafrichter. Frankfurt a. M., 16. Febr. Am Freitag findet vor der hiesigen Strafkammer ein Prozeß gegen die sozialdemokratische Schriftstellerin Rosa Luxemburg statt, die sich wegen Aufzettelung zum Ungehörigen gegen die Obrigkeit zu verantworten hat. Die Angeklagte soll die infamisierten Äußerungen im Dezember v. J. in einer öffentlichen hier abgehaltenen Versammlung getan haben.

Sport und Spiel.

L.K. Rhein- und Taunusklub Wiesbaden. Die zweite Hauptversammlung des „Rhein- und Taunusklubs“ vereinigte beim Abmarsch in Elville etwa 130 Teilnehmer. Nach Besichtigung der altenhrwürdigen St. Valentinikirche in Niedrig erfolgte der Aufstieg nach Hausen v. d. G. Eine 30 Zentimeter hohe Schneedecke bedeckte den Weg zur Hallgarter Jange. Nach dem Abstieg nach Hallgarten und dem gemeinschaftlichen Mahl im Gasthaus „Zur Jange“ fand in echter „Alteingewöhnung“ die Heimfahrt von Hattenheim aus statt. Mit dieser Wanderung hatten Herr und Frau Zippel die 25. Wanderung in ununterbrochener Folge zurückgelegt. — Die ordentliche Mitgliederversammlung (Jahres-Hauptversammlung) findet am Donnerstag, den 19. Februar, im Klublokal, „Turngesellschaft“, statt. — Der vierte Vortragabend findet am Donnerstag, den 5. März, abends 9 Uhr, im Saal der höheren Mädchenschule am Markt statt.

— **8. Turnier deutscher Pferde.** Auch das Programm des dritten Tages widmete sich am Montag wieder vor vollbesetztem Saal ab. Am höchsten bestritten war der Preis von Alldeutschland, eine Materialprüfung für Reiterpferde, an der nicht weniger als 41 Konkurrenten teilnahmen. Der Sieg fiel an Frau v. Götberg, die Dr. Kunheims 6jährige Schimmelwallach Basal 2 steuerte. Im Damenspringen endeten Frau v. Moers und Frau v. Junde im letzten Rennen auf den ersten Plätzen. Der Ehrenpreis fiel durch das Los an Frau von Junde. In der deutschen Armer-Preisprüfung für alte Reiterinnen sah man acht von Offizieren der betreffenden Regimenter gerittene ostpreussische Pferde von schönem Exterieur. Im Springen verjagten jedoch die meisten von ihnen. Der „Piano-Vorführung“ schien für sie ein zu ungewohntes Hindernis zu sein. Eine Sondervorführung von Gespannen des Kaisers, die vom Prinz von Thurn und Taxis geleitet wurde und viel Beifall fand, beschloß den Tag.

Neues aus aller Welt.

Großfeuer in der Wormser Kaserne. Worms, 17. Febr. Gestern abend brach in der Kaserne des Infanterie-Regiments Nr. 118 Feuer aus. Der Dachstuhl des Gebäudes, in dem die 4. Kompanie untergebracht ist, wurde eingestürzt.

Drei Feuerwehreinheiten verunglückt. Berlin, 16. Febr. Bei einem Dachstuhlbrand im Hause Birkenstraße 25 betunglückten heute nachmittag die Feuerwehreinheiten Feuerwehrmann,

Schönebeck und Köpfer. Zwei von ihnen wurden in schwerem Zustand nach dem Krankenhaus gebracht.

Die schweren Stürme im Kanal. London, 16. Febr. Während der schweren Stürme der letzten Tage wurde der holländische Dampfer „Dorothea“, der mit Eisenerzen von Spanien nach Rotterdam unterwegs war, an der Dorchester Riffe zwischen Langton und Abbotsham auf Land geworfen. Die Mannschaft wurde gerettet. Der Hafen von Dover ist mit Fahrzeugen überfüllt. Der Cunard-Dampfer „Carmania“, der von Liverpool nach New York unterwegs ist, war gestern nicht imstande, in den Hafen von Queenstown einzulaufen. Aus vielen Teilen des Landes werden Überschwemmungen gemeldet. Die Distrikte in der Nähe von Lancaster und Carlisle und der mittlere Teil von Suffex stehen fast gänzlich unter Wasser.

Die Schneestürme in Amerika. New York, 16. Febr. Die Winterstürme, die vorige Woche begonnen haben, dauern an und verursachen auf allen Bahnen große Verkehrsstörungen. Die Postzüge aus Chicago kommen mit zehnstündiger Verspätung an. Bei den Untergrundbahnen und anderen hiesigen Verkehrssystemen staut sich der Verkehr arg. Der Feuerwehreinheitenleiter teilt mit, daß die Feuerwehreinheiten so gut wie eingeschneit seien und fordert die Bürgerschaft auf, besondere Vorkehrungen gegen den Ausbruch von Feuer zu treffen.

Ein im Eise eingeschlossenes amerikanisches Kriegsschiff aufgegeben. St. John (Neu-Grundland), 16. Febr. Der Schlepper „Polomac“ von der amerikanischen Flotte, der an der Westküste von Neu-Grundland im Eise festgehalten ist, ist am Samstag aufgegeben worden. Offiziere und Mannschaften, zusammen 38 Mann, haben die Küste ohne Unfall erreicht.

Ein Bombenanschlag. Traar, 16. Febr. Am Fundament des kurzzeit unbewohnten Dürerheims in Vorberg fand man im Garten zwei Bomben, die mit Zündschnuren versehen waren. Bis zu halber Kernlänge waren diese abgebrannt. Der Verbrecher, der wahrscheinlich aus Rache handelte, ist völlig unbekannt. Die Bomben waren mit Sprengstoff geladen und hätten, wenn die Schnur nicht erloschen wäre, das ganze Gebäude in die Luft gesprengt.

Beim Segeln auf dem Eise ertrunken. Berlin, 17. Febr. Beim Segeln auf dem Eise des Müggelsees geriet ein junger Berliner auf das offene Wasser bei der Bahndorfer Mündung. Man hörte Hilferufe, doch war es unmöglich, rechtzeitig zu helfen. Die Leiche ist noch nicht geborgen worden.

Ward und Selbstmordversuch im Bahnhofs. Magdeburg, 17. Febr. In der Nähe der Bahnanlage warf eine Frau vor den Augen vieler Passanten ihr fünfjähriges Söhnchen in den Fluß und sprang dann selbst nach. Der Anabe ertrank, die Frau, die nebenherstand, wurde gerettet.

Von der Galerie in das Parquet gestürzt. Lauchau, 17. Febr. Im Stadttheater stürzte gestern das 15jährige Mädchen Elfi Fischer von der Galerie in das Parquet. Das Mädchen verlor das Bewußtsein, erlitt aber außer dem Bruch des Kniebeins keine Verletzungen. Ein Herr im Parquet, auf den das Mädchen fiel, wurde im Gesicht leicht verletzt.

Das gefährliche Spiel mit Schießwaffen. Königs-wusterhausen, 17. Febr. In einem Abteil 3. Klasse des Bundes-Bahnhof-Werkschiffes spielte ein junger Mann mit einem Revolver. Die Waffe entfiel ihm, wobei zwei Mitreisende leicht verletzt wurden.

Diebe und Brandstifter in einer Kirche. Nürnberg, 17. Febr. In die evangelische St. Anna brachen Diebe ein und stahlen mehrere Messgewänder und andere Gegenstände im Wert.

Der Völkerverein. Völkerverein, 17. Febr. In den aufeinanderfolgenden Sittenkandal werden immer mehr Personen, teils aus angesehenen Familien, hineingezogen. Gestern wurden wieder vier Personen verhaftet. Außerdem wurde eine auf der Durchreise begriffene Schauspielerin wegen Sittlichkeitsverstoßes in Haft genommen. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

Zur Weihnachtsfeier. Gräb (Schlesien), 17. Febr. Graf Meißel wird am Mittwoch aus dem hiesigen Gerichtsamt nach Berlin übergeführt, wo am Freitag und Samstag die Weihnachtsfeierlichkeiten seinen im städtischen.

Ein Selbstmord in eine Schmelzfabrik. St. Moritz, 17. Febr. Auf der hiesigen Schmelzfabrik fuhr ein Arbeiter über die Tribüne ins Publikum. Mehrere Personen wurden verletzt, einige davon schwer.

Der Völkerverein im Hause Meißelburg. London, 17. Febr. Der Gerichtshof für Entscheidung hat gestern in dem Prozeß, den die Gräfin Casanova gegen ihren früheren Geliebten, den Herrn Meißelburg, auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft anstrengt, das Urteil gefällt. Der englische Gerichtshof wies die Klage ab und erkannte damit die Rechtskraft des deutschen Urteils an.

Ein französischer Dampfer gestrandet. Woods Hole (Massachusetts), 17. Febr. Der französische Dampfer „Rosa“ von der „Rosa-Linie“ meldet demnach, daß er bei der Insel Nantuxet in der Nähe der Insel Martha's Vineyard auf Grund gelaufen sei. Es herrsche heftiger Schneesturm, doch sei das Schiff nicht fest geworden und es bestehe keine unmittelbare Gefahr.

Letzte Drahtberichte.

Der Reichszuschuß für die olympischen Spiele angenommen!

S. Berlin, 17. Febr. (Fig. Drahtbericht) Der Reichstag nahm heute zu Beginn der Sitzung den Antrag, die erste Rate des Reichszuschusses für die olympischen Spiele, die in der Kommission gestrichen worden war, wiederherzustellen, mit großer Mehrheit an. Ein erheblicher Teil des Zentrum s stimmte für den Antrag. Das Ergebnis wurde mit lauem Beifall begrüßt.

Zur Erkrankung des Kronprinzen.

wb. Berlin, 17. Febr. In dem Befinden des Kronprinzen ist eine weitere Besserung eingetreten.

Zum Tod der Prinzessin Wilhelm von Baden.

wb. Berlin, 17. Febr. Der Kaiser gedenkt, sich morgen abend nach Karlsruhe zu begeben, um an den Beilegungsfeierlichkeiten der Prinzessin Wilhelm von Baden teilzunehmen.

wb. Karlsruhe, 17. Febr. Kommanden Freitag, den 20. Februar, wird die Überführung der Leiche der Prinzessin nach Baden-Baden per Bahn erfolgen, wofür sie in der russischen Kapelle noch am gleichen Tag beigesetzt werden wird.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

S. Berlin, 17. Febr. (Fig. Drahtbericht) Die Budgetkommission des Reichstags verhandelte heute erneut über den Bau eines Reichsarchivs in Verbindung mit einem preussischen Archiv. Die Regierung will zwar die Eintragung des Eigentumsrechts des Reiches auf einen entsprechenden Teil des Grundstücks ausstellen, ebenso will sie eine spätere Trennung der Verwaltung beider Archive offenlassen. Von verschiedenen Seiten wurden jedoch immer noch Bedenken über die geplante Verbindung geltend gemacht, worauf die

Forderung schließlich gegen die Konservativen abgelehnt wurde. — Eine lebhafteste Auseinandersetzung veranlaßte nochmals das Einigungsgebot, das durch die falschen amtlichen Vorberichtigungen beim Nordostseefanal benachteiligten Firma Sander und Küster. Ministerialdirektor v. Jönckhens gestrichelt, daß ein eigentlicher Beitrag bei der Aufstellung der Bogtabelle vorgelegen habe, gab aber schwere Nachlässigkeit zu. Das Schiedsgericht hat eine den Unternehmern günstige Entscheidung gefällt. Eine nochmalige Prüfung durch die Verwaltung sei zwecklos, denn sie lehne ja eben Ansprüche auf Grund ihrer Prüfungen ab.

Zur Reichstagswahl in den Wahlkreisen Jerichow 1 und 2.
S. Berlin, 17. Febr. (Fig. Drahtbericht) Für die Reichstagswahlen in Jerichow am kommenden Freitag hat die Organisation der Fortschrittlichen Volkspartei in Jerichow 1 (Stadt Burg usw.) beschlossen, ihren Wählern die Stimmabgabe freizustellen. Die Organisation für Jerichow 2 (Genthin) wird erst heute abend Beschluß fassen, vermutlich in demselben Sinne. Dagegen haben die nationalliberalen Wahlvereine in beiden Wahlkreisen beschlossen, für den Konservativen einzutreten, auch agitatorisch.

Eine Denkschrift gegen das Salvarian.
S. Berlin, 17. Febr. (Fig. Drahtbericht) Die der „Sofalangeier“ meldet, daß der Berliner Polizeiarzt dem Reichsgesundheitsamt eine Denkschrift überreicht, in der er die Forderung aufstellt, angesichts der schweren Gefahren für Leben und Gesundheit ein Verbot des Salvarian zu erlassen oder wenigstens seine Anwendung in einer Dosis vorzuschreiben, welche die tödliche Wirkungsstärke nicht überschreitet. In der Begründung wird behauptet, seit 1910 seien in der medizinischen Literatur 275 Todesfälle nach Verabfolgung von Salvarian bekannt worden, ebenso sei eine große Anzahl von Fällen von Erbkrankheiten, Lähmungen und Taubheit vorgekommen. Zahlreiche Ärzte, wie auch die Universität Strassburg, nähmen einen ablehnenden Standpunkt gegenüber dem Salvarian ein.

Die Rundreise des Prinzen Wilhelm zu Wiesbaden.
S. Berlin, 17. Febr. (Fig. Drahtbericht) Prinz Wilhelm zu Wiesbaden befindet sich heute mittag nach London und von dort direkt nach Paris, wo er Donnerstag oder Freitag eintrifft. Er wird dem Präsidenten Poincaré sowie verschiedenen Ministern Besuche abstatten. Von Paris erfolgt die Rückkehr direkt nach Neuwied zum Empfang der albanischen Deputation.

Ein neuer Bewerber um den Städtepreis der National-Hauptstadt.

S. Johannisthal, 17. Febr. Heute früh 7¼ Uhr startete in Johannisthal der fliegende Drachler auf einer Rumpflanze um den Städtepreis der National-Hauptstadt. Er hat 450 Liter Benzin mit sich und hat die Absicht, 10 bis 12 Stunden zu fliegen. Drachler hat den Flugplatz in der Richtung nach Frankfurt a. M. verlassen.

Die deutsche atlantische Division.
S. Rio de Janeiro, 17. Febr. Eine Zeitung in Rio de Janeiro veröffentlichte ein Interview mit dem Admiral von Rebeur-Paschwitz, dem Kommandanten der deutschen Beschwaders, nach welchem der Admiral erklärt haben sollte, daß mit der Division im äußersten Osten und der Mittel-

meerdivision die atlantische Division die dritte sein würde, die Deutschland ständig in fremden Gewässern aufrecht erhalten wolle. Antifische deutsche Kreise stellen in Abrede, daß der Admiral eine solche Aussage gemacht, und daß Deutschland die Absicht habe, die atlantische Division aufrecht zu erhalten.

Auch eine deutsch-italienische Richtung zu den italienischen Häfen von deutschen Absichten auf Tripolis.

S. Köln, 17. Febr. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Berlin vom 16. Februar: Während des türkisch-italienischen Krieges ist mehrfach das Räuberei aufgetaucht, die tripolitane Expedition sei notwendig, um den deutschen Absichten auf Tobruk zuvorzukommen. Selbstverständlich ist diese Erzählung am Samstag wieder in der italienischen Kammer vorgebracht worden. Damit es nicht zu einer Legendenbildung kommt, wollen wir erneut feststellen, daß an der Behauptung von einstigen deutschen Plänen auf tripolitane Landstriche kein wahres Wort ist.

Zur Revolution in Ecuador.

S. Panama, 17. Febr. Die Stadt Comeralba in Ecuador befindet sich nach einem hier eingetroffenen Telegramm noch in den Händen der Insurgenten; sie ist beim Kampf mit den Regierungstruppen größtenteils niedergebrannt. Die Ausländer retten sich während des Bombardements in die neutrale Zone und befinden sich alle in Sicherheit, nur fehlen Lebensmittel.

Ein Reitunfall des Königs von Belgien.

S. Brüssel, 17. Febr. (Fig. Drahtbericht) König Albert von Belgien, der heute vormittag im Walde von Soignes in der Umgebung von Brüssel einen Spazierritt unternahm, erlitt dabei einen Unfall, indem sein Pferd über einen Stein stolperte und zu Fall kam. Der König erlitt einen Armbruch. Ob dieser schwerer oder leichter Art ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Neuer Schnee.

S. Leipzig, 17. Febr., 9.30 Uhr vorm. Seit einer Stunde ist hier leichter Schneefall eingetreten.

S. Köln, 17. Febr. (Fig. Drahtbericht) Die Maschinenbauanstalt Humboldt kündigt heute zwei Ingenieuren, Mitgliedern des Bundes der technisch-industriellen Beamten, weil sie im Auftrag ihrer Kollegen für bessere Arbeitsverhältnisse eingetreten waren. Unter den Beamten herrscht große Erregung.

S. Cambridge, 17. Febr. Professor Wendell von der Harvard-Universität hat aus Gesundheitsrücksichten die Ernennung zum Austauschprofessor in Berlin abgelehnt.

S. Barcelona, 17. Febr. Eine Anzahl jugendlicher Anhänger des Präsidenten Don Jaime drang gestern in die Räume des Blattes „El Heraldo“ ein und gab vier Schüsse auf den Direktor und den Redakteur ab, die leicht verletzt wurden. Der Anführer der Missetäter gab eine Erklärung, die in dem Motto erschienen war und die den Sohn des Führers der „Jugendlichen Armee“ mit dem Führer der Radikalen, Verauz, darstellte.

S. New York, 17. Febr. Der Dampfer „Roma“, der bei der Insel Romantland aufgelaufen war, ist wieder flott.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

17. Februar, 8 Uhr vormittags.

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heftig, 8 = Sturm, 9 = Sturm, 10 = heftiger Sturm.

Beob.-Station.	Barom.	Wind.	Wetter.	Therm.	Beob.-Station.	Barom.	Wind.	Wetter.	Therm.
Korkum ...	760.7	W 4	halbbel.	5	Seilly ...	763.8	NW 3	halbbel.	+7
Hamburg ...	760.7	W 2	halbbel.	4	Aberdeen ...	767.4	SW 3	wolkig.	+1
Swinemünde ...	767.8	W 2	halbbel.	4	Paris ...	761.8	SW 3	halbbel.	+4
Köln ...	761.3	W 2	halbbel.	4	Vissingsho ...	761.8	WSW 3	halbbel.	+4
Aachen ...	761.4	WNW 1	halbbel.	4	Christiansund ...	741.5	W 5	Regen	+2
Hannover ...	761.5	W 2	halbbel.	4	Skegen ...	749.6	W 7	halbbel.	+3
Berlin ...	760.6	NW 4	halbbel.	4	Kopenhagen ...	755.1	W 3	Dunst	+4
Dresden ...	760.6	OSO 3	halbbel.	4	Stockholm ...	740.8	WSW 4	wolkig	+1
Breslau ...	760.6	SW 3	halbbel.	4	Lissabon ...	758.1	W 3	halbbel.	+4
Wetzlar ...	762.1	W 3	Regen	4	Petersburg ...	741.3	SO 2	halbbel.	+1
Frankfurt ...	761.5	NW 1	Regen	4	Warschau ...	756.1	OSO 1	Nebel	+1
Karlsruhe ...	761.5	W 1	Regen	4	Wien ...	761.0	OSO 1	Nebel	+1
München ...	760.8	SW 4	wolkig	4	Rom ...	763.1	N 1	wolkig	+3
Zugspitze ...	760.8	NW 2	Regen	4	Seydisfjord ...	753.2	SW 3	wolkig	-4
Valencia ...	761.3	S 4	Regen	4					

Beobachtungen in Wiesbaden

16. Februar.	7 Uhr morgens.	9 Uhr nachm.	11 Uhr abends.	Mittel.
Barometer auf 0° und Normalhöhe ...	758.5	761.8	761.5	760.5
Thermometer (Celsius) ...	4.2	10.5	6.5	6.4
Thermometer (Fahrenheit) ...	39.6	50.9	43.7	46.5
Relative Feuchtigkeit (%) ...	92	75	81	86.0
Wind-Richtung und -Stärke ...	N 2	NO 2	NO 2	—
Niederschlagshöhe (mm) ...	0.1	—	—	—

Höchste Temperatur (Celsius) 11.3. Niedrigste Temperatur 4.2.

Wettervoraussage für Mittwoch, 18. Februar 1914.

von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M.

Vorwiegend trüb, zeitweise Regenfälle.

keine Temperaturänderung, wechselnde Winde.

Wasserstand des Rheins

am 17. Februar.

Hiebrich. Pegel: 1.26 m gegen 1.45 m am gestrigen Vormittag

Caub. „ 2.11 m „ 1.97 m „ „ „

Mainz. „ 0.90 m „ 0.70 m „ „ „

22 = Reklamen. = 22

Immer mehr wird Tee, namentlich in den kräftigen

Sorten, als tägliches Getränk bevorzugt. Von

MESSMER'S TEE-MISCHUNGEN

setzen sich London Tee à Mk. 2.60 und Englische Mischung

à Mk. 3.20 das Pfund zum großen Teil, Ceylon Indian

à Mk. 2.80 und FF. Ceylon Indian à Mk. 3.50 das Pfund

fast ausschließlich aus feinen britisch-indischen Tees zu-

sammen. Diese vier Mischungen verdienen ihres Wohl-

geschmacks, ihrer Feinheit und grossen Ergiebigkeit halber

ganz besondere Beachtung. (Fa. 2727) F 101

Simons von M. S. — an, China-

Roßme u. Mandarinenblätter, Stoffe,

Seide, Schirme, Schuhe, Christenthemen

u. Haarputz in reichster Auswahl bei

Selma Weinrich im Hotel Kaiserhof,

Simons auch zu vertreiben. 243

rechti, daß die seit geraumer Zeit beobachtete geringe Neigung

des Publikums zur Kapitalanlage in Rentenwerten und damit

auch in Pfandbriefen nur eine vorübergehende Erscheinung sei,

und daß sich allmählich die gewünschte Wandlung vollziehen

werde.

— Berliner Hypothekbank, A.-G. Das Geschäftsjahr

1913 brachte nach dem aus zugehenden Geschäftsbericht einen

ungefähr gleichen Reingewinn wie das Vorjahr, 2 000 182 M.,

gegenüber 2 000 388 M., obgleich ein aus dem Kurzurückgang

der Reichs- und Staatsanleihen hervorgehender außerordent-

licher Verlust von 175 844 M. zu buchen war. Der Absatz

4proz. Pfandbriefe wurde bei fortwährend sinkenden Kursen

immer geringer und vom Rückflusse weit übertroffen. Die

Bank entschloß sich deshalb, 20 Mill. M. 4½proz. Pfandbriefe

auszugeben. Davon waren bis zum Jahreschluß 9.81 Mill.

Mark verkauft. Eine außergewöhnliche Vermehrung des Rück-

flusses der niedriger verzinslichen Pfandbriefe als Folge dieser

Emission war nicht festzustellen. Der gesamte Umlauf an

Pfandbriefen ist um 4.62 Mill. M. auf 232.92 Mill. M. ge-

stiegen und der Umlauf an Kommunalobligationen um 840 600

Mark auf 16.88 Mill. M. Die Hypothekenzinsen erbrachten

10 961 818 M. (10 006 530 M.), während die Pfandbriefzinsen

9 907 809 M. (9 036 627 M.) erforderten, so daß der Zins-

überschuß 1 654 008 M. (1 574 903 M.) betrug. Die Divi-

dende wird mit wieder 6½ Proz. verteilt.

* Die Reichsbankdividende. Die Dividende der Reichsbank

pro 1913 wird, wie verlautet, für das vergangene Jahr mit

ca. 8.40 Proz. (genannt werden 8.42 Proz.) gegen 6.95 Proz.

i. V. in Vorschlag gebracht.

— Preussische Boden-Credit-Aktienbank. Obgleich das

vergangene Jahr für die geschäftliche Fortentwicklung der

Hypothekbank ein ungemein schwieriges und ungünstiges

war, ist der Abschluß nach dem uns zugehenden Geschäfts-

bericht für das Institut, abgesehen von der Verminderung des

Pfandbriefumschlages und des Hypothekbestandes, befriedigend.

Der Reingewinn beträgt (wie schon berichtet) 8 254 466 M. und

übersteigt hiermit den des Vorjahres um etwa 50 000 M., so-

daß das Institut bei erhöhten Rückstellungen in der Lage ist,

wie seit nunmehr 5 Jahren eine Dividende von 8 Proz. zu ver-

teilen. Der Pfandbriefumschlag ist von 421.68 auf 417.73 Mill. M.

und der Bestand an Deckungshypotheken von 438.40 auf 432.06

Mill. M. zurückgegangen. Die freien Hypotheken stiegen von

19.20 auf 21.54 Mill. M. Im Hypothekengeschäft beschränkte

sich die Bank fast ausschließlich auf die Verlängerung

(29 Mill. M.) der fälligen 300 Mill. M.) Hypotheken. Der zum

Teil recht erhebliche Rückfluß in Pfandbriefen nötigte fortge-

setzt, starke flüssige Mittel bereitzustellen. Der Disagioertrag

betrug 857 488 M., dagegen der Disagioverlust 324 958 M.

Der Überschuß der Hypothekenzinsen über die Pfandbriefzinsen

beträgt 8 254 466 M. (i. V. 8 017 567 M.). Die Verwaltung hat,

wie sie im Geschäftsbericht mitteilt, erwogen, ob sie zur Aus-

gabe höher verzinslicher Pfandbriefe übergehen sollte, hat sich

hierzu aber nicht entschließen können. Hierfür war einmal das

Interesse der Grundbesitzer, für welche neben der überaus

hohen steuerlichen Belastung des Grundbesitzes die Verteue-

rung des Hypothekenkredits, welche die notwendige Folge der

Ausgabe höher verzinslicher Pfandbriefe gewesen wäre, auf die

Dauer eine außerordentliche finanzielle Erschwerung bedeuten

würde. Man sei vorläufig immer noch zu der Annahme be-

Handelsteil.

Berliner Börse.

S. Berlin, 17. Febr. (Fig. Drahtbericht) Schwächere Tendenzmeldungen über den Verlauf der gestrigen Auslandsbörsen, besonders New York, und niedrigere Wiener Vorbörsenkurse bewirkten hier bei vorherrschender Geschäftsunlust eine schwächere Eröffnung. Die Kurse erholten nahezu auf der ganzen Linie mäßige Einbußen. Kursermäßigungen über 1 Proz. erlitten jedoch am Montanmarkt nur Aumeis-Friede und Hohenlohe. Letztere auf angebliche Differenzen zwischen dem Fürstentum und der Deutschen Bank (vergl. besondere Notiz), die sich aus einem ohne Wissen der Deutschen Bank vorgenommenen Verkauf von Aktien der Deutschen Levantebank ergeben haben sollen. Auch Schiffahrtaktien erlitten zunächst durchweg Rückgänge. Infolge der nach Zeitungsmeldungen von der Hamburg-Amerika-Linie vorgenommenen Ermäßigung der Zwischendeckerkarte Hamburg-Amerika um 10 M. Als sich aber der Schiffahrtsmarkt unter Führung von Hamburg-Südamerika und Deutsch-Australische das Geschäft bei anziehenden Kursen lebhafter gestaltete, ging hiervon eine günstigere Rückwirkung auf die Gesamthaltung aus, so daß ein Teil der Anfangseinbußen wieder heringebracht werden konnte. Man verwies zu der plötzlichen Schiffahrtshausse auf angeblich sehr günstige Bilanzfiguren bei der Hamburg-Südamerika-Linie, außerdem auch darauf, daß sich am Frachtmärkte eine Besserung vorbereiten dürfte. Abgesehen hiervon blieb aber das Geschäft recht still bei unwesentlichen Kursveränderungen. Tagesgeld etwas fester, wegen der heute fälligen Auszahlung auf den zweiten Teil der neuen Preussischen Schatzanweisungen 4 bis 3½ Proz. Sätze der Seehandlung unverändert. Privatliskont 3 Proz. (wie gestern).

Frankfurter Börse.

— Frankfurt a. M., 17. Febr. (Fig. Drahtbericht) Bei geringer Beteiligung am Geschäft war die Tendenz bei Eröffnung schwächer. Im Anschluß an den New Yorker Markt und an die Wiener Vorbörsen trat Neigung zur Realisation ein. Der Ausweis der Reichsbank (vergl. Besprechung), welcher trotz der Einzahlungen auf die preussischen Schatzanweisungen eine weitgehende Flüssigkeit aufweist, ging eindrucksvoll vorüber. Bemerkenswert war die schwächere Haltung des Bankmarktes. Österreichische Kreditaktien neigten nach unten. Von heimischen Banken waren Disconto-Commandite fest. Deutsche Bank schwächten sich 1 Proz. ab. Am Markt für Transportwerte konzentrierte sich das Interesse auf die Aktien der Sechthundertbahnen. Das Kursniveau ließ eine mäßige Abschwächung zu. Lombarden still. Amerikaner schwächer. In Schiffahrtaktien war die Geschäftstätigkeit zunächst belebt; auf die Kursgestaltung war dies jedoch von geringem Einfluß. Lloyd behauptet, dagegen wurden Pakettfahrt realisiert. Elektrowerte ungleichmäßig. Am Montanmarkt war die Stimmung nicht einheitlich. In einzelnen Werten, so in Harpenern, war Abgang zu erkennen. Dividendenwerte des Kassamarktes zeigten mit wenigen Ausnahmen behauptete Tendenz. Heimische Anleihen still. Österreichische Fonds ungleichmäßig. Im weiteren Verlauf war die Tendenz schwächer. Das Geschäft blieb sehr still. Die Spekulation nahm eine sehr reservierte Haltung ein. Die Börse schloß ruhig. Privatliskont 3½ Proz. (wie gestern).

Banken und Geldmarkt.

— Reichsbankausweis. Auch der nachfolgende Ausweis vom 14. d. M. zeugt von einer andauernden Geldflüssigkeit.

Die Deutsche Reichsbank verfügt über eine steuerfreie Notenreserve von 448 708 000 M. gegen eine solche von 302 064 000 Mark am 7. Februar und eine solche von nur 35 410 000 M. am 15. Februar 1913. Der Metallbestand zeigt eine Zunahme um 41.5 Mill. M. (i. V. 27.3 Mill. M.). Das Wechselkonto erhöhte sich um 205 000 M. (minus 62.4 Mill. M.). Ebenso stiegen die Lombards um 5.9 (1.2) Mill. M. Beide Posten stellen sich jetzt auf 849.3 (1212.4) Mill. M. Der Notenumlauf konnte weiter um 98.5 (105) Mill. M. eingeschränkt werden. Dagegen wurden auf Depositionskonto 193.3 (32.7) Mill. M. eingezahlt. Sie betragen zurzeit 907.9 (593.6) Mill. M.

Wochenausweis vom 14. Februar:

Aktiva (in Mk. 1000).	1914	gegen die Vorwoche
Metall-Bestand	1 629 404	+ 41 592
darunter Gold	1 309 341	+ 31 727
Reichs-Kassen-Scheine	70 231	+ 4 460
Noten anderer Banken	25 723	+ 8 133
Wechselbestand	787 107	+ 0 205
Lombard-Darlehen	62 179	+ 5 903
Effekten-Bestand	275 996	+ 9 185
Sonstige Aktiva	198 061	+ 4 740

Passiva (in Mk. 1000)	1914	gegen die Vorwoche
Grund-Kapital	180 000	(unver.)
Reserve-Fonds	70 048	(unver.)
Noten-Umlauf	1 825 632	+ 93 517
Depositen	907 923	+ 139 306
Sonstige Passiva	65 078	+ 0 549

* Die Reichsbankdividende. Die Dividende der Reichsbank pro 1913 wird, wie verlautet, für das vergangene Jahr mit ca. 8.40 Proz. (genannt werden 8.42 Proz.) gegen 6.95 Proz. i. V. in Vorschlag gebracht.

— Preussische Boden-Credit-Aktienbank. Obgleich das vergangene Jahr für die geschäftliche Fortentwicklung der Hypothekbank ein ungemein schwieriges und ungünstiges war, ist der Abschluß nach dem uns zugehenden Geschäftsbericht für das Institut, abgesehen von der Verminderung des Pfandbriefumschlages und des Hypothekbestandes, befriedigend. Der Reingewinn beträgt (wie schon berichtet) 8 254 466 M. und übersteigt hiermit den des Vorjahres um etwa 50 000 M., so daß das Institut bei erhöhten Rückstellungen in der Lage ist, wie seit nunmehr 5 Jahren eine Dividende von 8 Proz. zu verteilen. Der Pfandbriefumschlag ist von 421.68 auf 417.73 Mill. M. und der Bestand an Deckungshypotheken von 438.40 auf 432.06 Mill. M. zurückgegangen. Die freien Hypotheken stiegen von 19.20 auf 21.54 Mill. M. Im Hypothekengeschäft beschränkte sich die Bank fast ausschließlich auf die Verlängerung (29 Mill. M.) der fälligen 300 Mill. M.) Hypotheken. Der zum Teil recht erhebliche Rückfluß in Pfandbriefen nötigte fortgesetzt, starke flüssige Mittel bereitzustellen. Der Disagioertrag betrug 857 488 M., dagegen der Disagioverlust 324 958 M. Der Überschuß der Hypothekenzinsen über die Pfandbriefzinsen beträgt 8 254 466 M. (i. V. 8 017 567 M.). Die Verwaltung hat, wie sie im Geschäftsbericht mitteilt, erwogen, ob sie zur Ausgabe höher verzinslicher Pfandbriefe übergehen sollte, hat sich hierzu aber nicht entschließen können. Hierfür war einmal das Interesse der Grundbesitzer, für welche neben der überaus hohen steuerlichen Belastung des Grundbesitzes die Verteuerung des Hypothekenkredits, welche die notwendige Folge der Ausgabe höher verzinslicher Pfandbriefe gewesen wäre, auf die Dauer eine außerordentliche finanzielle Erschwerung bedeuten würde. Man sei vorläufig immer noch zu der Annahme be-

rechtigt, daß die seit geraumer Zeit beobachtete geringe Neigung des Publikums zur Kapitalanlage in Rentenwerten und damit auch in Pfandbriefen nur eine vorübergehende Erscheinung sei, und daß sich allmählich die gewünschte Wandlung vollziehen werde.

— Berliner Hypothekbank, A.-G. Das Geschäftsjahr

1913 brachte nach dem aus zugehenden Geschäftsbericht einen

ungefähr gleichen Reingewinn wie das Vorjahr, 2 000 182 M.,

gegenüber 2 000 388 M., obgleich ein aus dem Kurzurückgang

der Reichs- und Staatsanleihen hervorgehender außerordent-

licher Verlust von 175 844 M. zu buchen war. Der Absatz

4proz. Pfandbriefe wurde bei fortwährend sinkenden Kursen

immer geringer und vom Rückflusse weit übertroffen. Die

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts

1 fl. holl.	1.70
1 alter Gold-Rubel	3.30
1 Rubel, alter Kredit-Rubel	3.16
1 Peso	4.—
1 Dollar	4.20
7 fl. süddeutsche Würg.	12.—
1 Mk. Bkz.	1.50

Zi.		Verzinsl. Lose.	In %.
4.	Badische Prämien Thlr.	178.30	
3 1/2.	Donau-Regulierung ö. fl.	169.	
3 1/2.	Goth. Pr.-Pfdb. 1. Thlr.	126.10	
3.	Hamburg. von 1866	177.80	
3.	Holl. Kom. v. 1871 h. fl.	115.80	
3 1/2.	Köln-Mündener Thlr.	142.50	
3.	Madrid. abgest.	77.60	
4.	Meining. Pr.-Pfdb. Thlr.	141.90	
3.	Oesterreich. v. 1869 ö. fl.	181.	
3.	Oldenburger Thlr.	129.70	
5.	Russ. v. 1864 a. Kr. Rbl.	493.	
5.	„ v. 1864 a. Kr.	385.	
2 1/2.	Stuhlweisb. R.-Gr. ö. fl.	110.70	
Zi.		Per St. in Mk.	
Ansburger		fl. 7	34.60
Braunschweiger		Thlr. 20	202.50
Bairländer		Le 45	170
„		Le 10	44.80
Meininger		s. fl. 7	34.70
Oesterr. v. 1864		ö. fl. 100	603.
do. Cr. v. 58		ö. fl. 100	553.
Türkische		Fr. 400	169.80
Ung. Staatsl.		ö. fl. 100	439.80
Venetianer		Le 33	73.80
Zi.		Brief.	Geld.
Engl. Sovereign. p. St.		20.45	20.41
20 Francs-St.		16.27	16.22
Oesterr. fl. 8 St.		—	16.34
do. Kr. 20 St.		—	16.90
Gold-Dollars p. Doll.		—	4.19
Russ. Imp. p. St.		—	214.80
Gold al marco p. Ks.		220	27.00
Oanzf. Scheideg.		220	—
Hochhalt. Silber		80.50	78.50
Amerikanische Noten		4.30	4.19 1/2
(Doll. 5—1000) p. D.		80.90	4.19 1/2
Belg. Noten p. 100 Fr.		20.48	20.45
Engl. p. 1 Lstr.		81.35	80.85
Frz. p. 100 Fr.		109.60	109.65
Holl. p. 100 fl.		81.15	81.05
Russ.-Ung. p. 100 Kr.		85.95	85.15
Rust. Gr. p. 100 R.		—	215.
do. (10.3 R.) p. 100 R.		—	214.50
Schweiz. N. p. 100 Fr.		81.20	81.10
Zi.		In Mark	
Paris		Fr. 100	81.12 1/2
Schweiz		Fr. 100	81.13
St. Petersburg. S.-R.		100	215 1/2
Triest		Kr. 100	—
Wien		Kr. 100	85.15 1/2
			50.90
Zi.		Fonds.	
5 Argentinier von 1890		101.50	
4 do. von 1897/1900		84.50	
Argent. Navigator.		19	
do. preferred		25.	
4 Brasilianer von 1889		75.50	
3 1/2 Buenos Aires		68.25	
5 Chinesen von 1890		102.	
4 1/2 do. von 1878		84.80	
3 Deutsche Reichsanleihe		70.	
2 1/2 Engl. Konsols		77.75	
4 Griech. Mon.		58.	
4 Japaner von 1905		83.	
4 1/2 do. „		94.	
3 1/2 Ind. Europeen Aut.		64.37	
5 Mexican. bon. Aut.		83	